



Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Beschluss-Protokoll

der 12. Sitzung, Amtsjahr 2006-2007

Mittwoch, den 11. Januar 2006, um 09:00 Uhr und 15.00 Uhr

Vorsitz: *Bruno Mazzotti, Grossratspräsident*

Protokoll: *Thomas Dähler, I. Ratssekretär*
Barbara Schüpbach-Guggenbühl, II. Ratssekretärin

Abwesende:

11. Januar 2006, 09:00 Uhr *Markus Benz (DSP), Claudia Buess (SP), Brigitte Heilbronner (SP), Urs Joerg (VEW), Annemarie Pfeifer (VEW), Jürg Stöcklin (Bündnis), Margrith von Felten (Bündnis).*

11. Januar 2006, 15:00 Uhr *Andreas Albrecht (LDP), Markus Benz (DSP), Claudia Buess (SP), Brigitte Heilbronner (SP), Urs Joerg (VEW), Margrith von Felten (Bündnis).*

Verhandlungsgegenstände:

- | | | |
|----|--|---|
| 1. | Begrüssung und Genehmigung der Tagesordnung. | 3 |
| 2. | Entgegennahme der neuen Geschäfte. | 3 |
| 3. | Wahl der Präsidentin / des Präsidenten des Grossen Rates. | 4 |
| 4. | Wahl der Statthalterin / des Statthalters des Grossen Rates. | 5 |
| 5. | Wahl der Präsidentin / des Präsidenten des Regierungsrates. | 6 |
| 6. | Wahl der Vizepräsidentin / des Vizepräsidenten des Regierungsrates. | 7 |
| 7. | Wahl eines Mitglieds der Bildungs- und Kulturkommission (Nachfolge für Hans-Peter Wessels) | 7 |
| 8. | Wahl eines Mitglieds der Finanzkommission (Nachfolge für Urs Schweizer) | 7 |
| 9. | Wahl eines Mitglieds der Wahlvorbereitungskommission (Nachfolge für Lukas Engelberger) | 8 |

10.	Wahl eines Mitglieds der Geschäftsprüfungskommission (Nachfolge für Bernadette Herzog)	8
11.	Wahl eines Mitglieds der Disziplinarkommission (Nachfolge für Bernadette Herzog)	8
12.	Budgetpostulate 2006	8
26.	Neue Interpellationen.	11
12.	Budgetpostulate 2006	12
13.	Ratschlag betreffend Interkantonale Vereinbarung über die Aufsicht sowie die Bewilligung und Ertragsverwendung von interkantonal oder gesamtschweizerisch durchgeführten Lotterien und Wetten.	15

Sitzungsbeginn: 09:00 Uhr

Konzert des Sinfonieorchesters Basel

Das Posaunenquintett Henri-Michel Garzia, Guy-Noël Conus, Norbert Madas und Anita Heuberger spielen heitere Stücke von Hans Leo Hassler, Antonio Vivaldi und Daniel Speer sowie zwei Spirituals.

Der Präsident verdankt die Darbietungen mit launigen Worten.

1. Begrüssung und Genehmigung der Tagesordnung.

[11.01.06 09:19:43]

Bruno Mazzotti, Grossratspräsident: ich begrüsse Sie zur heutigen Sitzung und habe Ihnen verschiedene Mitteilungen zu machen.

Zunächst begrüsse ich folgende neuen Ratsmitglieder:

- Isabel Koellreuter (SP), als Nachfolgerin des zurückgetretenen Hans-Peter Wessels
- Peter Howald (SP), als Nachfolger der verstorbenen Bernadette Herzog

Petition 229 wird von der Petitionskommission gemäss § 32 Abs. 4 der Geschäftsordnung zuständigkeitshalber direkt an den Regierungsrat weitergeleitet. Das Schreiben der Petitionskommission liegt auf dem Tisch des Hauses.

Ich habe Telebasel und Nordwest 1 gestattet, heute und nächsten Mittwoch Bildaufnahmen im Rat zu machen.

Tagesordnung

Der Präsident beantragt, das Geschäft 16 (EURO 08) am Nachmittag des ersten Sitzungstages nach den neuen Interpellationen zu behandeln.

Der Rat ist einverstanden.

Der Grosse Rat beschliesst

einstimmig, **die Tagesordnung zu genehmigen.**

2. Entgegennahme der neuen Geschäfte.

[11.01.06 09:22:24]

Bruno Mazzotti, Grossratspräsident: ich teile Ihnen mit, dass folgend Rücktritt eingegangen ist:

- Katharina Herzog (SP), Rücktritt als Mitglied des Grossen Rates auf Ende Januar 2006

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, **die Zuweisungen** gemäss Verzeichnis der neuen Geschäfte (Anhang A) **zu genehmigen.**

Der Grosse Rat nimmt Kenntnis

von folgenden Geschäften:

- Abbitte von Urs Schweizer als Mitglied der Finanzkommission (auf den Tisch des Hauses; 05.8457.01).
- Abbitte von Lukas Engelberger als Mitglied der Wahlvorbereitungskommission (auf den Tisch des Hauses; 05.8461.01).
- Abbitte von Katharina Herzog als Mitglied des Grossen Rates. (auf den Tisch des Hauses; 05.8485.01).
- Dringliche Kreditbewilligung Nr. 7 betreffend Ersatz Rettungswagen der Sanität Basel (SiD; 05.1960.01).
- Bericht der Petitionskommission zur Petition P228 "Stadtbildverschönerung" (PetKo 05.8407.02).
- Wiederbesetzung einer Grossratsstelle (Isabel Koellreuter anstelle von Hans-Peter Wessels; 05.8460.01).
- Wiederbesetzung einer Grossratsstelle (Peter Howald anstelle von Bernadette Herzog; 05.8470.01).
- Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Beatrice Alder Finzen und Konsorten betreffend Verknüpfung von Auflagen bezüglich der Verpflichtung zur Behandlung auch Schwererkrankter bei der Erteilung der Bewilligung zur Ausübung der ärztlichen, psychiatrischen Praxis (GD; 00.6437.03, stehen lassen).
- Schreiben des Regierungsrates zur Kleinen Anfrage Rudolf Grüninger betreffend Vollzug zugestandener Komfortverbesserungen für die Grossratsmitglieder im Rathaus (04.7818.02)

3. Wahl der Präsidentin / des Präsidenten des Grossen Rates.

[11.01.06 09:23:20]

Bruno Mazzotti, Grossratspräsident: Die Fraktion der LDP schlägt als Präsidenten des Grossen Rates für das Amtsjahr 2006/2007 **Andreas Burckhardt** vor.

Die Wahl findet usanzgemäss geheim statt.

Als Wahlbüro für die heutigen Wahlen und allfällige Nachwahlen in der nächsten Woche schlage ich Ihnen vor:

Michael Wüthrich (Obmann, Bündnis); Sektoren I+V: Christine Heuss (FDP); Sektor II: Lorenz Nägelin (SVP); Sektor III: Stephan Ebner (CVP); Sektor IV: Roland Engeler (SP).

Der Rat ist einverstanden.

Die Wahlzettel werden ausgeteilt und wieder eingesammelt.

Ergebnis des I. Wahlgangs

Ausgeteilte Wahlzettel	121
Eingegangene Wahlzettel	121
Ungültige Wahlzettel	0
Gültige Wahlzettel	121
Absolutes Mehr	61
Gewählt ist:	
Andreas Burckhardt (LDP), mit	95 Stimmen
Stimmen haben erhalten:	
Vereinzelte	14
Leere Stimmen	12

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

Bruno Mazzotti, Grossratspräsident: Ich gratuliere Andreas Burckhardt zur ehrenvollen Wahl sehr herzlich [Applaus].

4. Wahl der Statthalterin / des Statthalters des Grossen Rates.

[11.01.06 09:42:05]

Bruno Mazzotti, Grossratspräsident: Die Fraktion der SVP schlägt als Statthalter des Grossen Rates für das Amtsjahr 2006/2007 **Michel Remo Lussana** vor.

Die Fraktion Grünes Bündnis schlägt als Statthalterin des Grossen Rates für das Amtsjahr 2006/2007 **Brigitta Gerber** vor.

Die Wahl findet geheim statt.

Die Wahlzettel werden ausgeteilt und wieder eingesammelt.

Ergebnis des I. Wahlgangs

Ausgeteilte Wahlzettel	122
Eingegangene Wahlzettel	122
Ungültige Wahlzettel	1
Gültige Wahlzettel	121
Absolutes Mehr	61
Stimmen haben erhalten:	
Gerber Brigitta	58
Lussana Michel Remo	48
Vereinzelte	10
Leere Stimmen	5

Bruno Mazzotti, Grossratspräsident: Eine Wahl ist nicht zustandegekommen. Es findet sogleich ein zweiter Wahlgang statt.

Die Wahlzettel werden ausgeteilt und wieder eingesammelt.

Ergebnis des II. Wahlgangs

Ausgeteilte Wahlzettel	122
Eingegangene Wahlzettel	122
Ungültige Wahlzettel	0
Gültige Wahlzettel	122
Absolutes Mehr	62
Stimmen haben erhalten:	
Gerber Brigitta	60
Lussana Michel Remo	51
Vereinzelte	7
Leere Stimmen	4

Bruno Mazzotti, Grossratspräsident: Eine Wahl ist nicht zustandegekommen.

Es findet sogleich ein dritter Wahlgang statt. Im dritten Wahlgang entscheidet gemäss § 27 Abs. 2 der Geschäftsordnung das relative Mehr.

Die Wahlzettel werden ausgeteilt und wieder eingesammelt.

Ergebnis des III. Wahlgangs

Ausgeteilte Wahlzettel	122
Eingegangene Wahlzettel	122
Ungültige Wahlzettel	0
Gültige Wahlzettel	122
Gewählt ist:	
Gerber Brigitta , mit	62 Stimmen
Stimmen haben erhalten:	
Lussana Michel Remo	53
Vereinzelte	4
Leere Stimmen	3

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

Bruno Mazzotti, Grossratspräsident: Ich gratuliere Brigitta Gerber zur Wahl sehr herzlich [Applaus].

Voten: *Bernhard Madörin (SVP); Christine Keller (SP)*

5. Wahl der Präsidentin / des Präsidenten des Regierungsrates.

[11.01.06 10:28:19]

Bruno Mazzotti, Grossratspräsident: Die Fraktion der SP schlägt als Präsidentin des Regierungsrates für das Amtsjahr 2006/2007 **Barbara Schneider** vor.

Die Wahl findet usanzgemäss geheim statt.

Die Wahlzettel werden ausgeteilt und wieder eingesammelt.

Ergebnis des I. Wahlgangs

Ausgeteilte Wahlzettel	118
Eingegangene Wahlzettel	118
Ungültige Wahlzettel	1
Gültige Wahlzettel	117
Absolutes Mehr	59
Gewählt ist:	
Schneider Barbara (SP) , mit	72 Stimmen
Stimmen haben erhalten:	
Vereinzelte	4
Leere Stimmen	41

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

Bruno Mazzotti, Grossratspräsident: Ich gratuliere Barbara Schneider zur Wahl sehr herzlich [Applaus].

6. Wahl der Vizepräsidentin / des Vizepräsidenten des Regierungsrates.

[11.01.06 10:40:05]

Bruno Mazzotti, Grossratspräsident: Die Fraktion der SP schlägt als Vizepräsidentin des Regierungsrates für das Amtsjahr 2006/2007 **Eva Herzog** vor.

Die Wahl findet usanzgemäss geheim statt.

Die Wahlzettel werden ausgeteilt und wieder eingesammelt.

Ergebnis des des I. Wahlgangs

Ausgeteilte Wahlzettel	110
Eingegangene Wahlzettel	110
Ungültige Wahlzettel	1
Gültige Wahlzettel	109
Absolutes Mehr	55
Gewählt ist:	
Herzog Eva (SP), mit	63 Stimmen
Stimmen haben erhalten:	
Vereinzelte	6
Leere Stimmen	40

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

Bruno Mazzotti, Grossratspräsident: Ich gratuliere Eva Herzog zur Wahl sehr herzlich [Applaus].

7. Wahl eines Mitglieds der Bildungs- und Kulturkommission (Nachfolge für Hans-Peter Wessels)

[11.01.06 10:50:57]

Die Fraktion der SP schlägt Isabel Koellreuter zur Wahl vor.

Bruno Mazzotti, Grossratspräsident: Ich beantrage Ihnen, bei den Geschäften 7 - 11 offene Wahlen durchzuführen, soweit die gesetzlichen Voraussetzungen dazu gegeben sind. Dazu braucht es die Zustimmung von zwei Dritteln des Rates.

Der Grosse Rat beschliesst

88 gegen 0 Stimmen, die Wahlen in den Geschäften 7 - 11 offen durchzuführen, soweit die gesetzlichen Voraussetzungen dazu gegeben sind.

Der Grosse Rat wählt

einstimmig **Isabel Koellreuter** als Mitglied der Bildungs- und Kulturkommission für den Rest der laufenden Amtsdauer.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

8. Wahl eines Mitglieds der Finanzkommission (Nachfolge für Urs Schweizer)

[11.01.06 10:52:44]

Die Fraktion der LDP schlägt Conradin Cramer zur Wahl vor.

Der Grosse Rat wählt

einstimmig **Conradin Cramer** als Mitglied der Finanzkommission für den Rest der laufenden Amtsdauer.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

9. Wahl eines Mitglieds der Wahlvorbereitungskommission (Nachfolge für Lukas Engelberger)

[11.01.06 10:53:19]

Die Fraktion der CVP schlägt André Weissen zur Wahl vor.

Der Grosse Rat wählt

einstimmig **André Weissen** als Mitglied der Wahlvorbereitungskommission für den Rest der laufenden Amtsdauer.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

10. Wahl eines Mitglieds der Geschäftsprüfungskommission (Nachfolge für Bernadette Herzog)

[11.01.06 10:54:03]

Die Fraktion der SP schlägt Peter Howald zur Wahl vor.

Der Grosse Rat wählt

einstimmig **Peter Howald** als Mitglied der Geschäftsprüfungskommission für den Rest der laufenden Amtsdauer.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

11. Wahl eines Mitglieds der Disziplinarkommission (Nachfolge für Bernadette Herzog)

[11.01.06 10:54:21]

Die Fraktion der SP schlägt Sabine Suter zur Wahl vor.

Der Grosse Rat wählt

einstimmig **Sabine Suter** als Mitglied der Disziplinarkommission für den Rest der laufenden Amtsdauer.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

12. Budgetpostulate 2006

[11.01.06 10:54:52]

Bruno Mazzotti, Grossratspräsident: ich schlage Ihnen folgendes Vorgehen vor: zuerst sprechen die Finanzdirektorin und der Präsident der Finanzkommission. Anschliessend werden die einzelnen Budgetpostulate behandelt. Als drittes schlage ich Ihnen vor, die Redezeit analog den übrigen parlamentarischen Instrumenten auf generell fünf Minuten zu beschränken.

Der Grosse Rat beschliesst

einstimmig, gemäss dem Antrag des Präsidenten vorzugehen.

Der Grosse Rat beschliesst

mit grossem Mehr gegen 9 Stimmen, die Redezeit generell auf fünf Minuten zu beschränken.

Voten: *RR Eva Herzog, Vorsteherin des Finanzdepartementes (FD); Hanspeter Gass, Präsident Finanzkommission*

1. Dienststelle Nr. 305 / Gleichstellungsbüro

[11.01.06 11:00:25, 05.8472.01]

Budgetpostulat von Brigitta Gerber betreffend Dienststelle Nr. 305 / Gleichstellungsbüro (Erhöhung der Ausgaben um CHF 120'000)

Der Regierungsrat ist nicht bereit, das Budgetpostulat 05.8472 entgegenzunehmen.

Voten: *Karin Haerberli Leugger (Grünes Bündnis); Lukas Engelberger (CVP); Brigitte Hollinger (SP); Annemarie von Bidder (VEW); Urs Schweizer (FDP); Angelika Zanolari (SVP); Brigitta Gerber (Grünes Bündnis)*

Der Grosse Rat beschliesst

mit 55 gegen 49 Stimmen, das Budgetpostulat abzulehnen.

Das Budgetpostulat 05.8472 ist **erledigt**.

2. Dienststelle Nr. 8070 / Amt für Sozialbeiträge

[11.01.06 11:19:29, 05.8473.01]

Budgetpostulat von Brigitte Hollinger und Konsorten betreffend Dienststelle Nr. 8060/ KIGA (Erhöhung der Ausgaben um CHF 150'000)

Der Regierungsrat ist nicht bereit, das Budgetpostulat 05.8473 entgegenzunehmen.

Bruno Mazzotti, Grossratspräsident: Bitte beachten Sie, dass das Budgetpostulat 05.8473 nicht wie im Geschäftsverzeichnis abgedruckt die Dienststelle 8060 KIGA betrifft, sondern die Dienststelle 8070 Amt für Sozialbeiträge.

Voten: *Andrea Bollinger (SP)*

Besuch auf der Tribüne

Bruno Mazzotti, Grossratspräsident: Ich begrüsse auf der Tribüne den Sonderberichterstatter zu Rassismus, Diskriminierung und Fremdenfeindlichkeit der Vereinten Nationen, Seine Exzellenz Mr. Doudou Diène. Er wird begleitet von Herrn Bahram Ghazi (Office of the United Nations High Commissioner for Human Rights, Geneva) sowie von Michele Galizia (Leiter Fachstelle für Rassismusbekämpfung beim EDI); und von Norbert Bärlocher vom EDA. Die Delegation weilt diese Woche in der Schweiz und ist heute Gast des Kantons Basel-Stadt.

Excellency, Gentlemen,

On behalf of the parliament I wish you a pleasant stay in Basel and I hope that the impressions you take back with you are positive ones.

I should also like to thank you for your work towards the understanding and well being of all peoples.

Voten: *Baschi Dürr (FDP); Patrick Hafner (SVP); Hansjörg M. Wirz (DSP); Brigitte Hollinger (SP)*

Der Grosse Rat beschliesst

mit 63 gegen 45 Stimmen, das Budgetpostulat an den Regierungsrat zur Stellungnahme zu **überweisen**.

3. Dienststelle Nr. 410 / Allgemeine Verwaltung

[11.01.06 11:31:02, 05.8478.01]

Budgetpostulat von Jürg Stöcklin betreffend Dienststelle Nr. 410 / Allgemeine Verwaltung (Erhöhung der Ausgaben um CHF 10'000'000)

Der Regierungsrat ist nicht bereit, das Budgetpostulat 05.8478 entgegenzunehmen.

Voten: *Hanspeter Gass, Präsident Finanzkommission; Sebastian Frehner (SVP); Daniel Wunderlin (SP); Fernand Gerspach (CVP); Baschi Dürr (FDP); Andreas C. Albrecht (LDP); Urs Müller (Grünes Bündnis)*

Der Grosse Rat beschliesst

mit 83 gegen 16 Stimmen, das Budgetpostulat abzulehnen.

Das Budgetpostulat 05.8478 ist **erledigt**.

4. Dienststelle Nr. 210 / Ressort Schulen

[11.01.06 11:53:06, 05.8474.01]

Budgetpostulat von Heidi Mück betreffend Dienststelle Nr. 210 / Ressort Schulen (Erhöhung der Ausgaben um CHF 1'800'000)

Der Regierungsrat ist nicht bereit, das Budgetpostulat 05.8474 entgegenzunehmen.

Voten: *Rolf Häring (Grünes Bündnis); Heidi Mück (Grünes Bündnis)*

Der Grosse Rat beschliesst

mit 67 gegen 26 Stimmen, das Budgetpostulat abzulehnen.

Das Budgetpostulat 05.8474 ist **erledigt**.

Mitteilung

Es sind folgende Kleinen Anfragen eingegangen:

- **Kleine Anfrage** von Jörg Vitelli zu fahrgastfreundliche Massnahmen auf der Buslinie 50 eingegangen. (06.5003)
- **Kleine Anfrage** von Roland Engeler-Ohnemus betreffend erhöhte Sicherheit für Velofahrende bei der Tramhaltestelle Riehen Niederholz. (06.5012)

Diese Anfragen werden dem Regierungsrat zur Beantwortung überwiesen.

Sitzungsunterbruch um 12.00 Uhr

Wiederbeginn der Sitzung

11. Januar 2006, 15:00 Uhr

26. Neue Interpellationen.

Interpellation Nr. 93 Joël Thüring betreffend "Verantwortlichkeiten des Verwaltungsrates des Theater Basels und seines Intendanten Schindhelm im Bezug auf die Subventionsverhandlungen und die tiefen Zuschauerzahlen"

[11.01.06 15:04:09, 05.8459.01]

Die Interpellation wird vom Regierungsrat an der nächsten Sitzung schriftlich beantwortet.

Interpellation Nr. 94 Oswald Inglin betreffend einer allfälligen Redimensionierung des Polizeipostens Gundeldingen im Zuge zu knapper finanzieller Mittel im Sicherheitsdepartement

[11.01.06 15:04:26, 05.8471.01]

Die Interpellation wird vom Regierungsrat an der nächsten Sitzung schriftlich beantwortet.

Interpellation Nr. 95 Christine Wirz-von Planta betreffend Stelle eines persönlichen Mitarbeiters des Vorstehers des Justizdepartements

[11.01.06 15:04:35, 05.8486.01]

Die Interpellation wird sofort mündlich beantwortet.

Voten: *RR Guy Morin, Vorsteher des Justizdepartementes (JD); Christine Wirz-von Planta (LDP)*

Die Interpellantin erklärt sich von der Antwort teilweise befriedigt.

Die Interpellation 05.8486 ist **erledigt**.

Interpellation Nr. 96 Hans Baumgartner betreffend Neunutzung Hafen St. Johann

[11.01.06 15:12:55, 06.5001.01]

Die Interpellation wird vom Regierungsrat an der nächsten Sitzung schriftlich beantwortet.

Interpellation Nr. 97 Dieter Stohrer betreffend Felix-Platter-Spital

[11.01.06 15:13:02, 06.5002.01]

Die Interpellation wird sofort mündlich beantwortet.

Voten: *RR Carlo Conti, Vorsteher des Gesundheitsdepartementes (GD); Dieter Stohrer (VEW); RR Carlo Conti, Vorsteher des Gesundheitsdepartementes (GD)*

Der Interpellant erklärt sich von der Antwort befriedigt.

Die Interpellation 06.5002 ist **erledigt**.

12. Budgetpostulate 2006

5. Dienststelle Nr. 210 / Ressort Schulen

[11.01.06 15:22:09, 05.8475.01]

Budgetpostulat von Hermann Amstad und Konsorten betreffend Dienststelle Nr. 210 / Ressort Schulen (Erhöhung der Ausgaben um CHF 195'000)

Der Regierungsrat ist nicht bereit, das Budgetpostulat 05.8475 entgegenzunehmen.

Voten: *Christine Locher (FDP); Edith Buxtorf (LDP); Markus G. Ritter (FDP); Katharina Herzog (SP); Joël A. Thüring (SVP); Karin Haeblerli Leugger (Grünes Bündnis); Hansjörg M. Wirz (DSP); Hermann Amstad (SP)*

Der Grosse Rat beschliesst

mit 69 gegen 45 Stimmen, das Budgetpostulat an den Regierungsrat zur Stellungnahme zu **überweisen**.

6. Dienststelle Nr. 295 / Ressort Dienste

[11.01.06 15:45:10, 05.8476.01]

Budgetpostulat von Anita Lachenmeier-Thüring betreffend Dienststelle Nr. 295 / Ressort Dienste (Erhöhung der Ausgaben um CHF 80'000)

Der Regierungsrat ist nicht bereit, das Budgetpostulat 05.8476 entgegenzunehmen.

Voten: *Michael Martig (SP); Tommy E. Frey (SVP); Hanspeter Gass (FDP); Daniel Stolz (FDP); Anita Lachenmeier-Thüring (Grünes Bündnis)*

Der Grosse Rat beschliesst

mit 66 gegen 21 Stimmen, das Budgetpostulat abzulehnen.

Das Budgetpostulat 05.8476 ist **erledigt**.

7. Dienststelle Nr. 307 / Subventionen

[11.01.06 16:02:11, 05.8477.01]

Budgetpostulat von Doris Gysin und Konsorten betreffend Dienststelle Nr. 307 / Subventionen (Erhöhung der Ausgaben um CHF 160'000)

Der Regierungsrat ist nicht bereit, das Budgetpostulat 05.8477 entgegenzunehmen.

Voten: *Rolf Häring (Grünes Bündnis); Gisela Traub (SP); Stephan Maurer (DSP); Irène Fischer (SP); Oswald Inglin (CVP); Michel Lussana (SVP); Daniel Stolz (FDP); Doris Gysin (SP)*

Der Grosse Rat beschliesst

mit 69 gegen 45 Stimmen, das Budgetpostulat an den Regierungsrat zur Stellungnahme zu **überweisen**.

8. Dienststelle Nr. 6170 / Tiefbauamt

[11.01.06 16:19:43, 05.8479.01]

Budgetpostulat von Urs Müller betreffend Dienststelle Nr. 6170 / Tiefbauamt (Erhöhung der Ausgaben um CHF 1'000'000).

Der Regierungsrat ist nicht bereit, das Budgetpostulat 05.8479 entgegenzunehmen.

Voten: *Christophe Haller (FDP); Urs Müller (Grünes Bündnis)*

Der Grosse Rat beschliesst

mit 67 gegen 25 Stimmen, das Budgetpostulat abzulehnen.

Das Budgetpostulat 05.8479 ist **erledigt**.

9. Dienststelle Nr. 806 / Amt für Wirtschaft und Arbeit (AWA)

[11.01.06 16:26:59, 05.8480.01]

Budgetpostulat von Heidi Mück betreffend Dienststelle Nr. 806 / Amt für Wirtschaft und Arbeit (AWA) (Erhöhung der Ausgaben um CHF 250'000)

Der Regierungsrat ist nicht bereit, das Budgetpostulat 05.8480 entgegenzunehmen.

Voten: *Peter Malama (FDP); Christine Keller (SP); Fernand Gerspach (CVP); Heidi Mück (Grünes Bündnis)*

Der Grosse Rat beschliesst

mit 94 gegen 16 Stimmen, das Budgetpostulat abzulehnen.

Das Budgetpostulat 05.8480 ist **erledigt**.

10. Dienststelle Nr. 8070 / Amt für Sozialbeiträge

[11.01.06 16:39:11, 05.8481.01]

Budgetpostulat von Hans Baumgartner betreffend Dienststelle Nr. 8070 / Amt für Sozialbeiträge (Erhöhung der Ausgaben um CHF 36'000).

Der Regierungsrat ist nicht bereit, das Budgetpostulat 05.8481 entgegenzunehmen.

Voten: *Urs Schweizer (FDP); Patrick Hafner (SVP); Martina Saner (SP); Hans Baumgartner (SP)*

Der Grosse Rat beschliesst

mit 61 gegen 52 Stimmen, das Budgetpostulat abzulehnen.

Das Budgetpostulat 05.8481 ist **erledigt**.

11. Dienststelle Nr. 5060 / Kantonspolizei

[11.01.06 16:48:34, 05.8482.01]

Budgetpostulat von Kurt Bachmann betreffend Dienststelle Nr. 5060 / Kantonspolizei (Erhöhung der Ausgaben um CHF 3'200'000).

Der Regierungsrat ist nicht bereit, das Budgetpostulat 05.8482 entgegenzunehmen.

Voten: *Thomas Grossenbacher (Grünes Bündnis); Hans Rudolf Lüthi-Zysset (DSP); Donald Stückelberger (LDP); Theo Seckinger (LDP); Helmut Hersberger (FDP); Patrick Hafner (SVP); Thomas Baerlocher (SP); Eduard Rutschmann (SVP); Hansjörg M. Wirz (DSP); Stephan Maurer (DSP); Stephan Gassmann (CVP); Felix W. Eymann (DSP); Roland Stark (SP); Oswald Inglin (CVP); Kurt Bachmann (SVP); Bruno Mazzotti, Grossratspräsident*

Bruno Mazzotti, Grossratspräsident: Angelika Zanolari und 9 Mitunterzeichnende haben gemäss § 25 der Geschäftsordnung zu diesem Budgetpostulat schriftlich eine Abstimmung unter Namensaufruf verlangt.

Der Grosse Rat beschliesst

unter Namensaufruf mit 78 gegen 29 Stimmen und 5 Enthaltungen, das Budgetpostulat **abzulehnen**.

Mit **Ja** haben gestimmt (29): *Kurt Bachmann (SVP), Claude François Beranek (LDP), Désirée Braun (SVP), Hans Rudolf Brodbeck (FDP), Andreas Burckhardt (LDP), Toni Casagrande (SVP), Hans Egli (SVP), Felix Eymann (DSP), Sebastian Frehner (SVP), Tommy Frey (SVP), Patrick Hafner (SVP), Oskar Herzig (SVP), Michel-Remo Lussana (SVP), Hans Rudolf Lüthi (DSP), Thomas Mall (LDP), Arthur Marti (FDP), Stephan Maurer (DSP), Lorenz Nägelin (SVP), Giovanni Nanni (FDP), Eduard Rutschmann (SVP), Theo Seckinger (LDP), Donald Stückelberger (LDP), Joël Thüring (SVP), Andreas Ungricht (SVP), Christine Wirz (LDP), Hansjörg Wirz (DSP), Angelika Zanolari (SVP), Peter Zinkernagel (LDP), Christoph Zuber (DSP).*

Mit **Nein** haben gestimmt (78): *Beatrice Alder (Bündnis), Sibel Arslan (Bündnis), Mustafa Atici (SP), Thomas Baerlocher (SP), Susanna Banderet (SP), Hans Baumgartner (SP), Sibylle Benz (SP), Maria Berger (SP), Patrizia Bernasconi (Bündnis), Andrea Bollinger (SP), Ugur Camlibel (SP), Baschi Dürr (FDP), Stephan Ebner (CVP), Lukas Engelberger (CVP), Roland Engeler (SP), Irène Fischer (SP), Hanspeter Gass (FDP), Stephan Gassmann (CVP), Brigitta Gerber (Bündnis), Fernand Gerspach (CVP), Jan Goepfert (SP), Thomas Grossenbacher (Bündnis), Doris Gysin (SP), Karin Haeberli (Bündnis), Christophe Haller (FDP), Rolf Häring (Bündnis), Anita Heer (SP), Helmut Hersberger (FDP), Katharina Herzog (SP), Brigitte Hollinger (SP), Peter Howald (SP), Oswald Inglin (CVP), Beat Jans (SP), Ernst Jost (SP), Hasan Kanber (SP), Christine Keller (SP), Isabel Koellreuter (SP), Dominique König (SP), Lukas Labhardt (Bündnis), Anita Lachenmeier (Bündnis), Christine Locher (FDP), Philippe Macherel (SP), Peter Malama (FDP), Pius Marrer (CVP), Michael Martig (SP), Heidi Mück (Bündnis), Urs Müller (Bündnis), Ernst Mutschler (FDP), Gülsen Oeztürk (SP), Annemarie Pfister (Bündnis), Markus G. Ritter (FDP), Eveline Rommerskirchen (Bündnis), Marcel Rünzi (CVP), Martina Saner (SP), Tobit Schäfer (SP), Francisca Schiess (SP), Matthias Schmutz (VEW), Sibylle Schürch (SP), Urs Schweizer (FDP), Noëmi Sibold (SP), Roland Stark (SP), Jürg Stöcklin (Bündnis), Dieter Stohrer (VEW), Daniel Stolz (FDP), Brigitte Strondl (SP), Bruno Suter (SP), Gisela Traub (SP), Emmanuel Ullmann (FDP), Jörg Vitelli (SP), Roland Vöggtli (FDP), Rolf von Aarburg (CVP), Annemarie von Bidder (VEW), Fabienne Vulliamoz (SP), Esther Weber (SP), André Weissen (CVP), Richard Widmer (VEW), Daniel Wunderlin (SP), Michael Wüthrich (Bündnis).*

Stimmenthaltungen (5): *Andreas Albrecht (LDP), Edith Buxtorf (LDP), Conradin Cramer (LDP), Paul Roniger (CVP), Sabine Suter (SP)..*

Abwesend (17): *Hermann Amstad (SP), Markus Benz (DSP), Claudia Buess (SP), Christian Egeler (FDP), Brigitte Heilbronner (SP), Christine Heuss (FDP), Martin Hug (LDP), Urs Joerg (VEW), Tino Krattiger (SP), Martin Lüchinger (SP), Gabi Mächler (SP), Bernhard Madörin (SVP), Annemarie Pfeifer (VEW), Helen Schai (CVP), Rolf Sturm (FDP), Margrith von Felten (Bündnis), Ruth Widmer (SP).*

Nicht gestimmt hat: *Bruno Mazzotti (Grossratspräsident).*

Das Budgetpostulat 05.8482 ist **erledigt**.

Der Grosse Rat beschliesst

mit 91 zu 0 Stimmen, die Tagesordnung zu ändern und Traktandum 16 (EURO 08) erst am 18. Januar zu beraten.

13. Ratschlag betreffend Interkantonale Vereinbarung über die Aufsicht sowie die Bewilligung und Ertragsverwendung von interkantonal oder gesamtschweizerisch durchgeführten Lotterien und Wetten.

[11.01.06 17:48:45, JSSK, SiD, 05.0229.01]

Der Regierungsrat und die Justiz-, Sicherheits- und Sportkommission beantragen, auf den Ratschlag einzutreten und dem Beitritt zur Vereinbarung zuzustimmen.

Voten: *Ernst Jost, Präsident der Justiz-, Sicherheits- und Sportkommission; RR Jörg Schild, Vorsteher des Sicherheitsdepartementes (SiD)*

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend auf den Ratschlag einzutreten.

Der Grosse Rat beschliesst

einstimmig unter Verzicht auf eine zweite Lesung:

Dem Beitritt des Kantons Basel-Stadt zur Interkantonalen Vereinbarung über die Aufsicht sowie die Bewilligung und Ertragsverwendung von interkantonal oder gesamtschweizerisch durchgeführten Lotterien und Wetten auf den 1. Januar 2006 wird zugestimmt und der Regierungsrat wird ermächtigt, diese Vereinbarung zu unterzeichnen sowie die erforderlichen Ausführungsbestimmungen zu erlassen.

Dieser Beschluss ist zu publizieren. Er unterliegt dem Referendum.

Die Interkantonale Vereinbarung über die Aufsicht sowie die Bewilligung und Ertragsverwendung von interkantonal oder gesamtschweizerisch durchgeführten Lotterien und Wetten ist im Kantonsblatt Nr. 98 vom 17. Januar 2006, Seiten 76 – 78 publiziert.

Sitzungsabbruch: 17:54 Uhr

Basel, 11. Januar 2006

Bruno Mazzotti
Grossratspräsident

Thomas Dähler
I. Ratssekretär

Anhang A: Neue Geschäfte (Zuweisung)

Direkt auf die Tagesordnung kommen		Komm.	Dep.	Dokument
1.	Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Daniel Goepfert und Konsorten zu einer Wohnbauoffensive.		FD	03.7671.02
2.	Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Markus Benz und Konsorten betreffend die Einführung von Seniorenräten in den Basler Altersheimen und den verstärkten Einbezug von Seniorenverbänden in die kantonale Alterspolitik.		GD	02.7348.02
3.	Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Edwin Mundwiler betreffend Einsetzung eines kantonalen Tierschutzanwaltes.		GD	01.6763.03
4.	Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Eveline Rommerskirchen und Konsorten betreffend Zertifizierung als „Energiestadt“.		BD	03.7604.02
5.	Bericht der Bau- und Raumplanungskommission des Grossen Rates zum Ratschlag Nr. 05.1445.01 betreffend Realisierung des Projekts "Neunutzung Hafen St. Johann - Campus Plus".	BRK	WSD	05.1445.02
6.	Bericht der Justiz-, Sicherheits- und Sportkommission des Grossen Rates zum Ratschlag und Entwurf Nr. 04.1152.01 zu einem totalrevidierten Notariatsgesetz.	JSSK	JD	04.1152.02
7.	Bericht der Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission zum Ratschlag Nr. 05.1315.01 betreffend Kredit für die Effizienzsteigerung des ÖV durch die Reduktion von Behinderungen und Bericht zum Anzug Peter Bachmann und Konsorten betreffend Beschleunigungsprogramm der BVB.	UVEK	WSD	05.1315.02/ 95.8851.06
8.	Bericht der Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission zum Ratschlag Nr. 04.1614.01 betreffend Förderung des Veloverkehrs, zweiter Velorahmenkredit, Fertigstellung des Veloroutennetzes, Ergänzung und Verbesserung der Veloabstellplätze, weitere Förderungsmassnahmen.	UVEK	BD	04.1614.02
9.	Bericht der Petitionskommission zur Petition P222 "Naturzonen für einen artgerechten Hundespaziergang das ganze Jahr".	PetKo		05.8308.02
10.	Budgetpostulate für 2006.			
Überweisung an Sachkommissionen				
11.	Ausgabenbericht betreffend Betriebskostenbeiträge an die Aids Hilfe beider Basel für die Jahre 2006 bis 2009.	GSK	GD	05.1033.01
12.	Ratschlag betreffend der Lärmempfindlichkeitsstufe für das Geviert Kleinhüningerstrasse, Giessliweg, Gärtnerstrasse, Ackerstrasse.	BRK	BD	05.1891.01
13.	Ratschlag und Entwurf zu einer Änderung des Gesetzes betreffend Kantonale Alters- und Hinterlassenenversicherung sowie zu einem Nachtragskredit für die Renditegarantie der Kantonalen Alters- und Hinterlassenenversicherung für das Jahr 2002. <i>(Mitbericht der Fkom)</i> .	GSK	WSD	05.1927.01
14.	Ratschlag betreffend Betriebskostenbeiträge an die Suchthilfe Region Basel für die Kontakt- und Anlaufstellen für das Jahr 2006.	GSK	GD	05.1032.01
15.	Ausgabenbericht und Stellungnahme zur Motion Rolf Häring und Konsorten betreffend Erhöhung des Rahmenkredits für die Jahre 2004 - 2006 für die Betreuung von Kindern in Tagesheimen und Tagesfamilien sowie für die Beiträge an die Betreuung vorschulpflichtiger Kinder in der Familie.	BKK	ED	05.8261.02
16.	Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Philippe P. Macherel und Konsorten betreffend Schaffung eines Gesundheitskonkordates für die Nordwestschweiz.	GSK	GD	02.7355.02
Überweisung an Kommissionen mit besonderen Aufgaben				
17.	Petition P230 für den Erhalt des Spielplatzes am Jakobsbergerweglein.	PetKo		05.8444.01

An den Parlamentsdienst zur späteren Traktandierung

18. Motionen:
- a) André Weissen und Konsorten betreffend befristeten Erlass der Motorfahrzeuge für umweltfreundliche Fahrzeuge. 05.8463.01
19. Anzüge:
- a) Patrick Hafner und Konsorten betreffend Anwohnerfreundliche Zufahrtsregelung Vogelsang- / Kienbergstrasse; 05.8446.01
 - b) Patrick Hafner und Konsorten betreffend Massnahmen gegen vermehrte Verkehrsverstösse von Velofahrenden; 05.8447.01
 - c) Hanspeter Gass und Konsorten betreffend ungenügender Abgeltung von Zentrumsleistungen im Bereich Kultur; 05.8449.01
 - d) Baschi Dürr und Konsorten betreffend Alternativen zu den heutigen Systemgrenzen in der Region Basel; 05.8453.01
 - e) Daniel Stolz und Konsorten betreffend Life-Science Standort stärken - die Hochschulsituation in der Region verbessern; 05.8454.01
 - f) Hansjörg Wirz und Konsorten betreffend mögliche Zusammenlegung der Kantonalen Laboratorien Basel-Stadt und Basel-Landschaft; 05.8455.01
 - g) Heidi Mück und Konsorten betreffend umfassendes Verkehrskonzept für die Quartiere Klybeck und Kleinhüningen; 05.8456.01
 - h) Brigitta Gerber und Konsorten betreffend Verbesserung des Fahrradstreckennetzes von Grenzach-Wyhlen nach Basel; 05.8458.01
 - i) Anita Lachenmeier-Thüring und Konsorten betreffend Quartiersekretariat im St. Johann; 05.8462.01
 - j) Joël Thüring und Konsorten betreffend Überprüfung der kantonalen Abstimmungsbroschüren des Wahlcouverts; 05.8464.01
 - k) Noëmi Sibold und Konsorten betreffend Geschichte der Verdingkinder; 05.8465.01
 - l) Eveline Rommerkirchen und Konsorten betreffend das Nordbogen S-Bahnprojekt „Hafenbahn“ einer privaten Kleinbasler Initiativgruppe; 05.8466.01
 - m) Kurt Bachmann und Konsorten betreffend Verkehrsprobleme und fehlender Planung in Kleinhüningen unter besonderer Berücksichtigung der Erschliessung und Nutzung weiterer Industrie- und Hafenable sowie der rasanten Entwicklung des grenzüberschreitenden Güterschwerverkehrs; 05.8467.01
 - n) Kurt Bachmann und Konsorten betreffend Ersatz der veralteten Ablesezähler der IWB für Wasser, Elektrizität, Gas und Wärme; 05.8468.01
 - o) Michael Wüthrich und Konsorten betreffend Tempo 30 in der Hammerstrasse und dem Claragraben; 05.8483.01
 - p) Conradin Cramer und Konsorten betreffend Anreize für Staatsangestellte zur Wohnsitznahme in Basel-Stadt. 05.8484.01
20. Schreiben des Regierungsrates zu Bürgeraufnahmen. 05.2051.01
21. Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Rudolf Grüninger und Konsorten betreffend die Einführung des informatisierten Standesregisters ("Infostar") und elektronischen Datentransfers im Bereich des Zivilstandeswesens. 01.6981.03
22. Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Andreas C. Albrecht und Konsorten betreffend Verfahrensregeln für die kantonale Spitalplanung. 03.7680.02
23. Schreiben des Regierungsrates zur Motion Peter Malama und Konsorten betreffend Berücksichtigung von Lehrbetrieben bei der Vergabe öffentlicher Aufträge. 05.8293.02

- | | | |
|-----|---|---------------------------|
| 24. | Schreiben des Regierungsrates zur Motion Heidi Mück und Konsorten betreffend Änderung von § 216 Abs. 2 der Zivilprozessordnung (Verfahren vor den gewerblichen Schiedsgerichten). Stellungnahme des Regierungsrates innert drei Monaten gemäss § 27a der Ausführungsbestimmungen zum Geschäftsordnungsgesetz des Grossen Rates. | 05.8285.02 |
| 25. | Bericht der Petitionskommission zu den Petitionen P189 "Kulturstadt jetzt" und P192 "Für ein wohnliches Basel und Stopp der Stadtflucht". | 03.7474.03/
03.7507.03 |

Kenntnisnahme

- | | | |
|-----|---|-------------------------|
| 26. | Abbitte des Herrn Urs Schweizer als Mitglied der Finanzkommission (auf den Tisch des Hauses). | 05.8457.01 |
| 27. | Abbitte des Herrn Lukas Engelberger als Mitglied der Wahlvorbereitungskommission (auf den Tisch des Hauses). | 05.8461.01 |
| 28. | Abbitte der Frau Katharina Herzog als Mitglied des Grossen Rates. (auf den Tisch des Hauses). | 05.8485.01 |
| 29. | Dringliche Kreditbewilligung Nr. 7 betreffend Ersatz Rettungswagen der Sanität Basel. | SiD 05.1960.01 |
| 30. | Bericht der Petitionskommission zur Petition P228 „Stadtbildverschönerung“. | PetKo 05.8407.02 |
| 31. | Wiederbesetzung einer Grossratsstelle (Isabel Koellreuter anstelle von Hans-Peter Wessels). | 05.8460.01 |
| 32. | Wiederbesetzung einer Grossratsstelle (Peter Howald anstelle von Bernadette Herzog). | 05.8470.01 |
| 33. | Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Beatrice Alder Finzen und Konsorten betreffend Verknüpfung von Auflagen bezüglich der Verpflichtung zur Behandlung auch Schwererkrankter bei der Erteilung der Bewilligung zur Ausübung der ärztlichen, psychiatrischen Praxis. | GD 00.6437.03 |
| 34. | Schreiben des Regierungsrates zur Kleinen Anfrage Dr. Rudolf Grüninger betreffend Vollzug zugestandener Komfortverbesserung für die Grossratsmitglieder. | WSD 04.7818.02 |

Anhang B: Neue Vorstösse

Budgetpostulate

a) Dienststelle Nr. 305 / Gleichstellungsbüro

05.8472.01

Erhöhung der Ausgaben um CHF 120'000

Der Bericht der Regierung zum Planungsauftrag betreffend genderdifferenzierter Budgetanalyse (04.8103.02) hat gezeigt, dass für die Analyse eines Teilbereichs resp. das Erstellen von Indikatoren und Kennzahlen (geplant ist dies im ED) 50'000 SFr. zwecks einmaligem externem Auftrag eingerechnet wurden. Diese Summe reicht knapp für die Untersuchung von zwei Teilaspekten im Bildungsbereich. Für die Vorbereitung einer umfassenderen Berichterstattung wie im Planungsauftrag gefordert, wäre es aber bereits auf dieser Stufe sinnvoll, die Studie breiter abzustützen und auf alle vier kürzlich ausgeschriebenen Bereiche des Bildungswesens (Lehrberuf, Schulentwicklung und Bildungsverwaltung/ nachobligatorische Bildung/ Volksschule: spezielle Förderung/ Tagesstrukturen) sowie auf zwei weitere Felder im Sportamt und im Kulturbereich auszudehnen (100'000.- SFr.). Zusätzlich müsste für die interne fachliche Betreuung ein Beitrag von 20'000.- gesprochen werden. Mit der verlangten Erhöhung des Beitrags wäre die angestrebte departementsübergreifende, allgemeine Berichterstattung deutlich besser vorbereitet.

Brigitta Gerber

b) Dienststelle Nr. 8060 / KIGA

05.8473.01

Erhöhung der Ausgaben um CHF 150'000

Bis 2015 soll die Armut in der Welt halbiert, der Zugang zu Bildung, Gesundheit und Wasser stark verbessert werden. Dies sind die Millenniums-Ziele, welche die Vereinten Nationen vor 5 Jahren erhoben haben. Im September 2005 wurde diese Absicht am UNO-Gipfel in New York nochmals bekräftigt.

Das Ziel soll mit einer massiven Erhöhung der Entwicklungshilfe, nämlich 0.7 % des Bruttonationalprodukts erreicht werden. 2004 beläuft sich der Anteil der Schweiz auf 0.41 %.

Viel zu wenig, und auch dies nur, weil mit einem unlauteren buchhalterischen Trick ein Teil der Asylkosten zur Entwicklungshilfe gerechnet wurden.

In der Entwicklungshilfe kann mit vergleichsweise kleinen Beträgen effiziente Hilfe geleistet werden. Und obwohl diese Hilfe in der Schweiz in der Regel Bundessache ist, würde es dem Kanton Basel-Stadt gut anstehen, wenn er seinen Beitrag zu Linderung der Not in den Entwicklungsländern von jetzt CHF 1'500'000.- um 10 % (CHF 150'000.-) auf CHF 1'650'000.- erhöhen würde.

Brigitte Hollinger, Doris Gysin, Urs Joerg, Lukas Labhardt, Urs Müller, Mustafa Atici, Brigitta Gerber, André Weissen, Markus Benz, Annemarie Pfeifer, Eduard Rutschmann, Hansjörg Wirz, Désirée Braun

c) Dienststelle Nr. 410 / Allgemeine Verwaltung

05.8478.01

Erhöhung der Ausgaben um CHF 10'000'000

Antrag betreffend Rückgängigmachung der doppelten Kompensation des Stufenanstiegs

Im Budget 2006 sind die Personalkosten (Konto 301) um 10 Millionen zu erhöhen.

Begründung:

Mit der Erhöhung der Personalkosten um 10 Millionen soll der Beschluss des Grossen Rates vom letzten Jahr betreffend Nichteinstellen der Kosten des Stufenanstiegs ins Budget 2005 für 2006ff korrigiert werden. Der doppelte Beschluss des Grossen Rates im Dezember vor einem Jahr, nämlich auf der einen Seite den Stufenanstieg im Jahr 2005 zu gewähren und damit entsprechend höhere Löhne der Mitarbeitenden in Kauf zu nehmen, gleichzeitig aber das Geld dafür im Budget nicht einzustellen, war alles andere als wohlüberlegt. Über die Auswirkungen seines doppelten Beschlusses gab sich der Grosse Rat vor einem Jahr nur unzureichend Rechenschaft.

Der doppelte Beschluss zwang die Departemente und Dienststellen dazu, über A+L hinaus, Stellen abzubauen, um das Personalbudget einhalten zu können, oder wenn sich dies als unmöglich erwies, die Kosten des Stufenanstiegs durch Einsparungen bei den Sachkosten zu kompensieren, was eigentlich nicht rechtmässig ist, da Verschiebungen zwischen Budgetpositionen nicht statthaft sind. Wie genau und ob die Departemente und Dienststellen den

Beschluss des Grossen Rates umgesetzt haben, wird sich im Detail erst bei der Rechnung 2005 weisen. Es wäre aber nicht überraschend wenn in der Rechnung 05 bei den Personalkosten zu Budgetüberschreitungen kommt, wenn sich die kurzfristige Kompensation des Stufenanstiegs durch Stellenabbau v.a. in kleineren Departementen und bei solchen mit hohem Personalanteil als unmöglich erwies. Wo die Kompensation durch Einsparungen bei den Sachkosten erfolgte, wird sie sich als nicht nachhaltig erweisen.

Insofern als der Stufenanstieg im Jahre 2005 nicht durch Stellenabbau kompensiert werden konnte, wird sich dies auf die folgenden Jahre auswirken, weil das Personalbudget des Vorjahres (zuzüglich Teuerung) zur Budgetvorgabe des nächsten Jahres wird. Die Kosten des Stufenanstiegs müssen dann jedes Jahr von Neuem eingespart werden.

Der Beschluss des Grossen Rates vom letzten Jahr kommt einem überstürzt verordneten Stellenabbau (ca. 100 Stellen) gleich, der weder politisch diskutiert wurde noch nach irgendwelchen nachvollziehbaren Kriterien oder Prioritäten erfolgte, und deshalb in seiner Wirkung willkürlich und unsachgemäss ist. Mit dem Budgetpostulat soll ein Fehlentscheid des Grossen Rates korrigiert werden.

Jürg Stöcklin

d) Dienststelle Nr. 210 / Ressort Schulen

05.8474.01

Erhöhung der Ausgaben um CHF 1'800'000

Aufgrund von im Jahre 2004 beschlossenen Sparaufträgen und wegen der Kompensation des Stufenanstieges ohne die Gewährung zusätzlicher Mittel soll das Unterrichtslektionendach (ULD) der Volksschulen gesenkt werden. Eine Reduktion des ULD bedeutet die Senkung der Anzahl Unterrichtslektionen, die jedem Kind zustehen. Dies hat konkrete Auswirkungen auf den Unterricht (Erhöhung der Lerngruppengrössen) und bedeutet eine spürbare Verschlechterung der Unterrichts- und Lernbedingungen an den Volksschulen. Der Regierungsrat gewährte eigentlich eine Erhöhung der ULD für Kindergarten, Primarschule und Orientierungsschule, um der wachsenden Heterogenität an diesen Schulstufen zu begegnen. Der geforderte Sparbetrag ist jedoch so hoch, dass die vom Regierungsrat zweckgebunden gewährten Budgeterhöhungen wieder aufgezehrt werden. Dies nachdem die ULD schon für das laufende Schuljahr gekürzt werden mussten. Mit der Erhöhung des Budgets um 1,8 Mio. könnte dieser Sparauftrag, der direkte Auswirkungen auf die Qualität der Schulen hat, aufgehoben werden.

Wichtig: Diese Summe soll auf das Budget der einzelnen Schulen verteilt werden.

Heidi Mück

e) Dienststelle Nr. 210 / Ressort Schulen

05.8475.01

Erhöhung der Ausgaben um CHF 195'000

In Basel gibt es zwar seit bald 20 Jahren ein Tagesschulangebot auf der Primarschulstufe, doch ist dieses nie recht über den Status eines Provisoriums hinausgekommen. Heute ist in weiten Teilen der Gesellschaft unbestritten, dass sowohl pädagogische als auch familienpolitische und ökonomische Gründe für einen raschen und substantiellen Ausbau des Tagesschulangebotes sprechen. Die Einreichung der Tagesschulinitiative im Dezember 2004 hat dieser Forderung noch zusätzlich Nachdruck verliehen. Das Erziehungsdepartement hat in der Zwischenzeit mehrfach signalisiert, dass es diesem Anliegen grundsätzlich positiv gegenüber stehe und dass das Ressort Schulen an Ausbaukonzepten arbeite.

Vor diesem Hintergrund wirkt es seltsam, dass laut ED frühestens auf Beginn des Schuljahres 2007/08 mit der Schaffung neuer Tagesschulklassen zu rechnen ist. Diese Verzögerung ist nicht zu rechtfertigen. Dem Ressort Schulen des Erziehungsdepartements (als federführender Dienststelle beim Ausbau des Tagesschulangebotes) sollen deshalb zusätzliche Fr. 195'000.- zur Verfügung gestellt werden, um auf Beginn des Schuljahres 2006/07 in den Schulkreisen Grossbasel-West und Ost die Eröffnung je einer 1. Primar-Tagesschulklasse sowie je einer Tageskindergartenklasse zu ermöglichen. Die Berechnung dieses Betrages stützt sich auf folgende Quellen:

- Dorothee Schaffner: Schul- und familienergänzende Tagesstrukturen für Schülerinnen und Schüler im Kanton Basel-Stadt. Evaluationsbericht mit Empfehlungen sowie Anhang. Erziehungsdepartement Basel-Stadt 2003.
- Aurel M.Jeger: Leitfaden für die Finanzsteuerung von Tagesstrukturen. Diplomarbeit. FHBB, Basel 2005
- Christian Aeberli, Hans Martin Binder: Das Einmaleins der Tagesschule. Ein Leitfaden für Gemeinde- und Schulbehörden. Avenir Suisse, 2005.

Gemäss diesen Angaben kostet ein Tagesschulplatz pro Kind und Jahr zwischen Fr. 8'000.- und Fr. 10'000.-; die (einkommensabhängigen) Elternbeiträge decken rund ein Viertel dieser Kosten ab. Sollen also im nächsten Schuljahr im Maximum 70 neue Tagesschul- bzw. Tageskindergartenplätze geschaffen werden (Primarschule: 2 x 25; Kindergarten: 2 x 10), so sind dafür - bei Annahme von durchschnittlichen Kosten pro Platz und Jahr von Fr.

9'000.- sowie unter Berücksichtigung der Elternbeiträge und des abzudeckenden Zeitraumes (August bis Dezember 2006, d.h. 5 Monate) - Fr. 195'000.- vorzusehen.

Stimmt der Grosse Rat diesem Budgetpostulat zu, so verknüpft er damit die Erwartung, dass das Erziehungsdepartement für das Jahr 2007 die notwendigen finanziellen Mittel für die Weiterführung dieser Klassen und den weiteren Ausbau des Tagesschulangebotes bei den entsprechenden Dienststellen einplant.

Hermann Amstad, Désirée Braun, Edith Buxtorf-Hosch, Stephan Ebner, Karin Haeblerli Leugger, Katharina Herzog, Urs Joerg, Christine Locher-Hoch, Hansjörg Wirz

f) Dienststelle Nr. 295 / Ressort Dienst

05.8476.01

Erhöhung der Ausgaben um CHF 80'000

Schaffung eines Stadtteilsekretariats, Basel-West, bzw. eines Quartiersekretariats St. Johann.

Das Quartiersekretariat hat nach dem Nordtangentenbau Wesentliches zur Aufwertung des unteren Kleinbasel beigetragen. Eine wichtige Aufgabe bildet nach wie vor die enge Zusammenarbeit mit dem IAK (integrale Aufwertung Kleinbasel). Dank dem bewährten und kontinuierlichen Engagement des Stellenleiters ist auch nach der Auflösung des IAK die Kontinuität der Stadtteilentwicklung gewährleistet.

Das St. Johann-Quartier zeigt heute wegen dem Nordtangentenbau das ähnlich verwüstete Bild wie das untere Kleinbasel vor ein paar Jahren. Durch den Stadtentwicklungskredit, welche über 5 Jahre läuft, kann eine kurzfristige Prozessentwicklung zwar angefangen werden, eine langfristige und nachhaltige Wiederaufwertung ist jedoch nicht möglich. Ohne gleichzeitige Schaffung eines Quartiersekretariats wird der Einbezug der Bevölkerung, der Quartierorganisationen und der Parteien nie im selben Masse wie im Kleinbasel stattfinden können. Nach dem Auslauf der Stadtentwicklungsgruppe wird das angeeignete Wissen dem Quartier verlorengehen und eine kontinuierliche Entwicklung verunmöglichen.

Anita Lachenmeier-Thüring

g) Dienststelle Nr. 307 / Subventionen

05.8477.01

Erhöhung der Ausgaben um CHF 160'000

45 % unserer Schulkinder sind nach der Schule unbetreut. Eine ausserhäusliche niederschwellig zugängliche Tagesstruktur und optimale Spielangebote, wie sie in Jugendtreffpunkten und anderen Institutionen angeboten werden, können die familiär bedingte Chancenungleichheit dieser Kinder und Jugendlichen ein Stück weit ausgleichen. In den zwölf von der Abteilung AJFP subventionierten Institutionen der Offenen Kinder- und Jugendarbeit werden wichtige soziale Erfahrungen vermittelt und das Verständnis füreinander gefördert. Vor allem für Quartiere mit einem hohen Migrantenanteil ist die von den subventionierten Institutionen geleistete primäre Präventionsarbeit, welche Kinder und Jugendliche und ihre Familien erreicht, von grösster Wichtigkeit.

Mit dem Konzept „Offene Kinder- und Jugendarbeit Basel-Stadt“ soll dem Grossen Rat im Frühjahr 06 eine Gesamtübersicht über alle Angebote vorgelegt werden. Zudem soll das Konzept detailliert ausführen, wo in der Offenen Kinder- und Jugendarbeit künftig die Prioritäten liegen sollen. Mit der zeitlichen Harmonisierung aller Subventionsverhältnisse soll dann der Grosse Rat entscheiden, wohin, ab 2008, wieviel Geld fliessen soll.

Fast alle Subventionsnehmenden im Tätigkeitsfeld Offene Kinder- und Jugendarbeit machen einen erheblichen Mehrbedarf geltend. In einzelnen Institutionen bestehen Wartelisten. Aus finanziellen Gründen müssen dringend nötige Leistungen abgebaut werden, eine befriedigende nachhaltige Elternarbeit ist nicht mehr möglich. Das sind Notsignale, welche die Politik nicht überhören darf.

Spätestens in zehn Jahren wird sich als Problem bemerkbar machen, was heute an Kinder- und Jugendförderung verpasst wird. Deshalb sollte nicht bis ins Jahr 2008 gewartet werden. Es braucht bereits jetzt mehr Mittel für die Offene Kinder und Jugendarbeit. Die zusätzlichen Gelder (Fr. 160'000.-) sollen 2006 neben den bestehenden Subventionsverträgen ausschliesslich und zweckgebunden in die nach Fachmeinung der AJFP dringendst benötigte praktische Basisarbeit der Institutionen investiert werden.

Doris Gysin, Stephan Gassmann, Markus Benz, Oswald Inglin, Rolf Häring

h) Dienststelle Nr. 6170 / Tiefbauamt

05.8479.01

Erhöhung der Ausgaben um CHF 1'000'000

Budgetpostulat Stadtreinigung Fr. 1'000'000.--

Die Diskussion der vergangenen Wochen und Monate hat gezeigt, die meisten sind sich einig „20 % mehr Drägg mit 20 % weniger Personal“ dies geht nicht auf. Alle anerkennen, dass auch die Stadtreinigung ihren Sparbeitrag zu leisten hat. Doch die Stadtreinigung musste in letzter Zeit auch Sparmassnahmen über sich ergehen lassen, welche so nicht geplant waren (Gratissarg, Stufenanstieg).

Heute sind sich alle Verantwortlichen einig, die Grundversorgung ist gefährdet. Die Gefahr, dass durch „mehr Drägg“ in den Quartieren auch das subjektive Sicherheitsgefühl zu schwinden beginnt, ist gross.

Nach Auskunft von Verantwortlichen innerhalb des Baudepartements, sind auch nicht alle Kosten eingerechnet. Zum Beispiel waren bisher für die Baumpflege Fr. 500.-- eingesetzt. Dieses Geld geht an die Stadtgärtnerei. Geld für die Beseitigung vom Laub ist für die Stadtreiniger nicht budgetiert. Ein Baum erzeugt, natürlich im Alter zunehmend im Schnitt 160 kg Laub. 50 neue Bäume an der Wetteinallee = 8 Tonnen und die hundert neuen Bäume im Boulevard Güterstrasse = 16 Tonnen.

Dieses Budgetpostulat will lediglich einen kleinen Teil der abgebauten Personalkosten wieder rückgängig machen. Insgesamt wurden in den letzten Jahren ca. 60 Stellen abgebaut: Mit diesem Budgetpostulat wollen wir ca. 15 Vollstellen wieder. Dass dies auch eine konstruktive Massnahme zum Abbau von Sozialkosten ist, kann wohl kaum bestritten werden.

Urs Müller

i) Dienststelle Nr. 806 / Amt für Wirtschaft und Arbeit (AWA)

05.8480.01

Erhöhung der Ausgaben um CHF 250'000

Per 1. Januar (oder evtl. per 1. März) 2006 tritt die erweiterte Personenfreizügigkeit im Rahmen der bilateralen Verträge mit der EU in Kraft. Für die Kontrolle des Arbeitsmarktes und die Verhinderung von Lohndumping sollen die Kantone u.a. Arbeitsmarktinspektoren anstellen. Es ist davon auszugehen, dass die Leistungsvereinbarung des Bundes für den Kanton Basel-Stadt die Einsetzung von 5 Arbeitsmarktinspektoren beinhalten wird. Die wichtige Arbeit dieser Inspektoren kann nicht zusätzlich von den schon jetzt tätigen Schwarzarbeitsinspektoren übernommen werden, deshalb müssen 5 zusätzliche Stellen finanziert werden. Da der Bund 50% der Bruttolohnkosten übernehmen wird, beträgt der Anteil des Kantons schätzungsweise 250'000.- Fr.

Heidi Mück

j) Dienststelle Nr. 8070 / Amt für Sozialbeiträge

05.8481.01

Erhöhung der Ausgaben um CHF 36'000

Starker Anstieg der Arbeitslosenzahlen bei gleichzeitiger Streichung der Unterstützung durch die GGG und starke Zunahme der Beratungsgespräche durch das Komitee.

Hans Baumgartner

k) Dienststelle Nr. 5060 / Kantonspolizei

05.8482.01

Erhöhung der Ausgaben um CHF 3'200'000

Die Sicherheit ist ein elementares Bedürfnis der Menschen und eine Kernaufgabe des Staates.

Kurt Bachmann

Motion

a) Motion betreffend befristeten Erlass der Motorfahrzeugsteuer für umweltfreundliche Fahrzeuge

05.8463.01

Die weltweiten Erdölressourcen sind bekanntlich begrenzt, die Treibstoffpreise steigen. Zudem belasten die Abgase von Motoren traditioneller Bauweise die Umwelt nicht unerheblich. Dennoch wird oft vergessen, dass es mittlerweile ausgereifte, wesentlich schadstoffärmere Antriebsaggregate gibt. Als Beispiel sei der Gasmotor genannt:

Erdgas ist zwar auch ein fossiler Energieträger. Dessen Verwendung in Verbrennungsmotoren erzeugt jedoch deutlich weniger Schadstoffe als die Verbrennung von Benzin oder Diesel. Die CO₂-Emissionen werden um ca. 25% reduziert. Zudem werden - vor allem im Vergleich zu Dieselfahrzeugen - die Ozonvorläufer (reaktive Kohlenwasserstoffe und Stickstoffdioxid) stark vermindert. Weiter ist das Abgas geruchlos und der Treibstoff kommt völlig ohne Additive aus; eine aufwändige Raffinierung ist ebenfalls nicht erforderlich. Und noch ein Umweltvorteil: Erdgas wird über ein Leitungsnetz an die Tankstellen geliefert. Das Anliefern durch Tanklastwagen (graue Energie) entfällt.

Neuerdings wird zusätzlich die industrielle Gewinnung von Biogas (Nebenprodukt aus der Vergärung von Biomasse, sprich: Kompostierung) gefördert, mit dem Gasfahrzeuge ebenso problemlos betrieben werden können. Durch die Einspeisung von aufbereitetem Biogas erhöht sich die lokale Wertschöpfung und es wird eine nachhaltige Treibstoffquelle mit abschätzbarer Preisentwicklung geschaffen. Die erste regionale Anlage (Pratteln) steht kurz vor der Inbetriebnahme (in den Kantonen Luzern und Zürich ist die Gewinnung von Natur- oder Kompogas schon gang und gäbe). Bei der Verbrennung von Biogas fallen massiv weniger Schadstoffe an als bei Benzin oder Diesel. Zudem ist Biogas CO₂-neutral!

Neben dem Gasantrieb haben sich weitere umweltfreundliche Aggregate etabliert (Elektro- und Hybridmotoren). Darüber sollte das Bewusstsein der Bevölkerung noch gefördert werden. Am einfachsten geschieht der Anreiz, wie schon in zahlreichen anderen Kantonen, übers Portemonnaie. Der Kanton Baselland hat für die Jahre 2004 - 2008 eine befristete Steuerbefreiung für überwiegend mit Batteriestrom oder Gas betriebene Fahrzeuge beschlossen. Bei der damaligen Vorlage vor dem Landrat rechnete die Regierung mit einem Steuerausfall von lediglich ca. 34'000 Franken pro Jahr. Angesichts der drastisch tieferen Emissionen alternativer Motoren sollte der Erlass oder zumindest eine Reduktion der Motorfahrzeugsteuer für solche Fahrzeuge vorgesehen werden. Dies wäre zudem eine einfache, aber wirksame Massnahme zur "Ökologisierung der Motorfahrzeugsteuer", wie dies im Luftreinhalteplan beider Basel 2004 vorgesehen ist.

Der Regierungsrat wird daher freundlich gebeten, dem Grossen Rat zügig eine Änderung des Gesetzes über die Besteuerung der Motorfahrzeuge zu unterbreiten, damit Fahrzeuge mit Elektro-, Gas- oder Hybridmotoren während einer befristeten Zeit ganz oder zu einem grossen Teil von der Motorfahrzeugsteuer befreit werden.

André Weissen, Stephan Gassmann, Lukas Engelberger, Paul Roniger, Stephan Ebner, Oswald Inglin, Fernand Gerspach, Rolf von Aarburg, Daniel Stolz, Urs Schweizer

Anzüge

a) Anzug betreffend Anwohnerfreundliche Zufahrtsregelung Vogelsang-/Kienbergstrasse

05.8446.01

Die Anwohner der Strassenzüge Vogelsang-, Schleifenberg- und Kienbergstrasse und Itelpfad werden durch parkierte Motorfahrzeuge von Nicht-Anwohnern regelmässig stark behindert: sämtliche Anwohner, die für ihr Auto nicht über einen Einstellhallenplatz verfügen, haben insbesondere während Messerveranstaltungen, aber auch sonst immer wieder keine Chance, ihr Fahrzeug auf den recht zahlreich vorhandenen Parkplätzen in der Blauen Zone abzustellen – regelmässig sind sämtlich Parkplätze von Nicht-Anwohnern belegt, die sich zum Teil schlicht die Parkgebühren im Messe-Parkhaus sparen wollen. Das ist insbesondere deshalb stossend, als daraus auch unzumutbarer Suchverkehr resultiert (von Nicht-Anwohnern und Anwohnern). Die genannten Strassenzüge müssen nur für Anwohner und Besucher befahrbar sein, (sinnvoller) Durchgangsverkehr ist nicht festzustellen.

Vor diesem Hintergrund regt der Anzugsteller an, dass die Regierung:

1. eine Verkehrsregelung durch entsprechende Signalisation realisiert, die nur noch Anwohnern und Besuchern die Durchfahrt und damit das Benützen der vorhandenen Parkplätze erlaubt;

2. dieser Regelung, insbesondere in der Anfangszeit durch vermehrte Kontrollen, und in erster Phase Information, in zweiter Bussenerteilung Nachachtung verschafft.

Patrick Hafner, Joël Thüring, Andreas Ungricht, Toni Casagrande, Lorenz Nägelin

b) Anzug betreffend Massnahmen gegen vermehrte Verkehrsverstösse von Velofahrenden

05.8447.01

Dass Verstösse gegen Verkehrsvorschriften geahndet werden müssen, leuchtet ein. Störend ist allerdings, wenn 1. rein aus Budgetgründen Polizeimitarbeitende zu unerbittlichem und vermehrtem Bussenverteilen verpflichtet werden, 2. aber auch, wenn Bussen nur selektiv verteilt werden.

Wer in Basel mit dem Auto unterwegs ist, hat bald Glück, wenn er/sie die Fahrt ohne Busse (Parkieren, Radarüberwachung an "schnellen" Strassen ...) absolvieren kann. Es scheint aber, dass Velofahrende sich bald alles erlauben können, ohne auch nur je gebüsst zu werden: nebst unzähligen Verstössen gegen die Vorschriften betreffend Beleuchtung und betreffend Vortrittsregelungen, fallen an bestimmten Orten massenhaft falsch parkierte Velos auf (an der Kreuzung Rüdengasse / Gerbergasse vor dem "Unternehmen Mitte" sind z.B. regelmässig sehr viele Velos so behindernd abgestellt, dass der Durchgang nicht mehr möglich ist!) – und von Massnahmen gegen diese verwilderten Verkehrssitten ist trotzdem nichts festzustellen.

Nachts nicht mit vorschriftsgemässen, funktionierenden und eingeschalteten (!) Lichtern ausgestattete Velos und Velofahrende, welche die Vortrittsregeln nicht beachten, sind – nebst der Eigengefährdung! - insbesondere deshalb ein Problem, weil bei einem Unfall mit einem Auto der Autolenker bzw. die Autolenkerin in jedem Fall mindestens einen Teil des Schadens tragen muss!

Vor diesem Hintergrund regt der Anzugsteller an, dass die Regierung, das zuständige Departement respektive dessen ausführende Organe:

1. nachhaltige Massnahmen gegen die offenbar zunehmende Verkehrsverwilderung durch Velofahrende an die Hand nimmt, insbesondere betreffend Beleuchtungsvorschriften von Velos;
2. Velofahrende intensiver auf die Problematik des Vortrittsrechts hinweist, und den entsprechenden Vorschriften in geeigneter Weise Beachtung verschafft;
3. insbesondere geeignete Massnahmen in die Wege leitet, um dem massenhaften Falschparkieren von Velos entgegenzutreten.

Patrick Hafner, Joël Thüring, Toni Casagrande, Andreas Ungricht, Lorenz Nägelin

c) Anzug betreffend ungenügender Abgeltung von Zentrumsleistungen im Bereich Kultur

05.8449.01

Im Politikplan 2006 - 2009 weist der Regierungsrat zu Recht darauf hin, dass unser Kanton als städtisches Zentrum der Region Leistungen erbringt, besonders für Kultur, Hochschulbildung und Spitzenmedizin, von denen andere Kantone und auch das grenznahe Ausland profitieren. Diese Leistungen sind mit hohen Kosten verbunden, die nur ungenügend abgegolten sind.

Während in den Bereichen Hochschulbildung und Spitzenmedizin der Silberstreif am Horizont erkennbar ist - Fachhochschule Nordwestschweiz, gemeinsame Trägerschaft der Universität Basel, Bericht zur regionalen Spitalversorgung - zeichnen sich im Bereich Kultur noch keine Lösungen ab.

Die Verhandlungen mit dem Nachbarkanton treten seit Jahren an Ort, auch wenn das Dossier Kultur Anfang Januar 2004 beim angekündigten Durchbruch der Partnerschaftsverhandlungen als eines der fünf Teilprojekte definiert wurde. Das benachbarte Ausland, insbesondere der südbadische Raum scheint sich in der Frage der Zentrumsabgeltungen überhaupt nicht angesprochen.

Die aufgrund der aktuellen Finanzsituation vom Regierungsrat vorgesehenen Sparmassnahmen A+L (Reduktion Aufgaben und Leistungen) treffen die kulturellen Leitinstitutionen Theater und Orchester besonderes hart. Hindergrund sind nämlich die überdurchschnittlich hohen Pro-Kopf-Ausgaben im Bereich Kultur, die im Zeitraum 1991 bis 2000 bei 793 Franken lagen. Im Vergleich mit dem Schweizer-Durchschnitt von 190 Franken und dem Baselbieter-Durchschnitt von CHF 103 Franken geben wir in unserem Stadtkanton vier bzw. sieben Mal mehr pro Kopf der Bevölkerung für kulturelle Belange aus.

In seinen Ausführungen zu Basel 2020 sieht der Regierungsrat Basel als ein kulturelles Zentrum von internationaler Bedeutung - dies dank einer gelebten Partnerschaft zwischen privaten und öffentlichen Initianten und Kulturträgern, mit besonderen Ausstrahlungen in den Bereichen bildende Künste Musik und Theater. Die Anzugsteller begrüessen die vom Regierungsrat formulierten Absichten, möchten aber konkret wissen, wie er das Problem der ungenügenden Abgeltung der Zentrumsleistungen im Bereich Kultur mittel- und langfristig zu lösen gedenkt.

Die Anzugsteller bitten deshalb den Regierungsrat zu prüfen und zu berichten,

- a) wie hoch die ungenügende Abgeltung der Zentrumsleistungen Kultur zu quantifizieren ist
- b) ob, wie, wann, von wem und in welcher Höhe mit einer besseren Abgeltung zu rechnen ist
- c) welche politischen Schlussfolgerungen der Regierungsrat aus der Beantwortung von Frage b) bezüglich seiner mittel- und langfristigen Planung zieht.

Hanspeter Gass, Daniel Stolz, Christian Egeler, Helmut Hersberger, Baschi Dürr, Roland Vögtli

d) Anzug betreffend Alternativen zu den heutigen Systemgrenzen in der Region Basel

05.8453.01

Das Kapitel „Basel 2020“ des aktuellen Politikplans 2006 bis 2009 betont, dass Basel auch langfristig das urbane Zentrum einer „trinationalen Metropolitanregion“ sein soll. Um dies sicherzustellen, müssen gemäss Regierungsrat die Systemgrenzen innerhalb der Region Basel verbessert, sprich vor allem abgebaut werden. Fürwahr ist die Tatsache, dass das Umland von Basel-Stadt teils anderen Kantonen, teils anderen Staaten angehört, die vielleicht grösste Herausforderungen des Stadtstaats überhaupt.

Der Regierungsrat geht bei den Massnahmen von den heutigen politischen Realitäten aus und versucht Wege aufzuzeigen, wie ein solcher Grenzabbau möglich werden könnte. Der Regierungsrat versucht also, das Heute in Richtung des angestrebten Morgens fortzuschreiben. Er zäumt damit das Pferd von hinten auf.

Dabei lässt sich im Fall von Basel 2020 auch ein anderer Ansatz wählen: Welche Systemgrenzen brauchen wir in 15 Jahren - und welche nicht? Wie würde sich diese Region gleichsam auf der grünen Wiese politisch organisieren, wenn es heute keine gewachsenen Strukturen gäbe? Auch wenn eine solche Auslegeordnung etwas theoretisch anmutet, kann sie wichtige Impulse für die heutige Politik bringen.

Die Unterzeichnenden bitten deshalb den Regierungsrat, möglichst konkret zu prüfen und darüber zu berichten, welche Vor- und Nachteile die nachstehenden Alternativen für die Herausforderungen eines Zentrumsorts Basel in einer metropolitanen Region bringen würden. Es geht dabei weder um politische Wünschbarkeit noch um politische Machbarkeit, sondern um eine vorurteilslose Prüfung möglicher Szenarios.

1. Im Jahr 2020 gibt es einen Kanton Nordwestschweiz.
2. Im Jahr 2020 ist die Schweiz Mitglied der Europäischen Union.
3. Im Jahr 2020 sind die Schweiz, Deutschland und Frankreich zentralistische Staaten.
4. Im Jahr 2020 ist der Föderalismus in der Schweiz, Deutschland und Frankreich gestärkt.
5. Im Jahr 2020 bildet die heute trinationale Region Basel eine unabhängige politische Einheit.
6. Im Jahr 2020 haben sich die Nationalstaaten aufgelöst und überlassen alle Staatlichkeit den Regionen sowie den supranationalen Strukturen.

Baschi Dürr, Helmut Hersberger, Hanspeter Gass, Roland Vögtli, Peter Malama,
Christian Egeler, Christine Heuss, Christine Locher-Hoch, Christophe Haller,
Giovanni Nanni, Rolf Stürm, Urs Schweizer

e) Anzug betreffend Life-Science Standort stärken – die Hochschulsituation in der Region verbessern

05.8454.01

Basel hat im weltweiten Konkurrenzkampf vor allem einen Trumpf der sticht: wir sind schon heute ein so genannter Life-Science Cluster. Ein Cluster ist eine Anhäufung von sehr wohl konkurrierenden aber auch kooperierenden und somit auch voneinander anhängigen Unternehmen einer Branche die durch ihre räumliche Konzentration von positiven externen Effekten wie Agglomerationsvorteilen, lokal verfügbaren Arbeitskräften mit einem spezifischen Qualifikationsprofil sowie bereichsspezifischer Forschung und Ausbildung profitieren.

Früher war Basel ein Chemie-Cluster heute dominiert der Life-Science Anteil. Und das ist gut, denn die Branche Life-Science ist nicht nur vielfältig sondern auch enorm zukunftssträftig. Hier bieten sich uns enorme Chancen.

Ein solcher Cluster braucht aber auch eine gewisse Grösse, damit die vielfältigen Beziehungen, wie am Anfang geschildert, sich entwickeln können. Heute stehen nicht nur Firmen oder Länder in einer Konkurrenz sondern auch Cluster. In diesem Konkurrenzkampf geht es darum, welcher Cluster Investitionen, sprich Gelder, und hochqualifizierte Arbeitskräfte anlocken kann.

Ganz wichtig für einen technologiegetriebenen Cluster ist die Ausbildung, Grundlagenforschung und die praxisnahe Forschung und Entwicklung. Zwar ist die Situation bezüglich privater Forschungsgelder in der Region sehr gut, aber die öffentliche Hand schneidet in Bezug auf die Quantität an QUALITÄT schlecht ab. Leider ist der Life-Science-Cluster Basel politisch auf drei Länder, acht Kantone und einen Landkreis aufgesplittert wie es an der Tagung „metrobasel“ treffend formuliert wurde.

Zwar bekennt sich Basel-Stadt jährlich mit eindrücklichen finanziellen Mitteln zur UNI Basel und dies gilt bald auch für Baselland. Vor allem wenn es zu einer gemeinsamen Trägerschaft kommt. Auch ist das Ja beider Basel zur FHNW mit dem Muttenzer Schwerpunkt Life-Science ebenfalls ein ermutigendes Zeichen. Nur das ist noch deutlich zu wenig. Auf französischer und deutscher Seite unserer Region gibt es noch zu wenige Hochschuleinrichtungen. Dies soll kein Vorwurf sondern eine Feststellung sein. Der hiesige Cluster braucht aber deutlich mehr. Vergleichen wir nur einmal mit dem Cluster von Ontario Kanada, der nicht zu den wichtigsten zählt. 100 Biotech-Unternehmungen, 585 Hersteller Med-Tech-Geräte, 16700 Beschäftigte im Pharmasektor, mehr als 60 Life-Science Forschungszentren - insgesamt 42'000 Personen arbeiten im Life-Science-Sektor. Nicht das der Basler Cluster damit gleichziehen könnte. Aber wir müssen alle unsere Ressourcen nutzen. Auch die im angrenzenden süddeutschen und elsässischen Raum. Es drängt sich der Schluss auf: zuwenig Studierende, Forschende und Professoren. Vielleicht nicht für heute aber sicher für morgen. Es braucht also ein Ausbau der Hochschullandschaft hier in der Region.

Die UNI Basel wird nach Ergebnissen der BAK-Hochschulbefragung zu rund ¼ öffentlich finanziert. Eine Mehrzahl der befragten Hochschulen erhält aber deutlich mehr Drittmittel. Es sind aber gerade diese Drittmittel, vor allem Studiengebühren, Spenden und Lizenzgebühren, die wichtige Anreize erzeugen, denn die Zahlenden stellen berechnete Anforderungen an die Qualität der Ausbildung bzw. an die Forschung. Zudem verfügen z.B. US-amerikanische Universitäten grosse Vermögenswerte die Renditen abwerfen.

Gefordert sind einerseits mehr Geld auf schweizerischer Seite und neue Hochschul- bzw. Forschungseinrichtungen im nahen Ausland.

Dieser Anzug möchte beide Stossrichtungen aufnehmen.

Die Unterzeichnenden bitten den Regierungsrat zu prüfen und zu berichten:

1. ob der Basel-Stadt auf die Erbschaftssteuer oder Teile davon verzichten könnte, wenn der Vererbende Teile seiner Erbschaft der Universität vermacht?
2. ob die Kantone der Nordwestschweiz nicht mittels einer Vergleichenden-Studie eruieren sollten, wieso andere Hochschulen deutlich mehr Drittmittel akquirieren
3. ob der Kanton Basel-Stadt und seine Partner in der Nordwestschweiz nicht gemeinsame Initiativen zur Lancierung von Public-Private-Partnerships ergreifen kann um z.B. einen Nordwestschweizerischen Forschungspark zu gründen?
4. ob der Kanton Basel-Stadt seine Nachbarn in Südbaden und im Elsass ermutigen könnte Hochschulen im Bereich Life-Science zu gründen in dem er Verbünde mit der UNI Basel und der FHNW anbietet?
5. Ob der Kanton Basel-Stadt nicht zusammen mit den Norwestschweizerischen Kantonen dem Elsass und dem Landkreis Lörrach einen Trinationalen Forschungs- Fond gründen könnte um regionale Forschungsprojekte an den Hochschulen zu lancieren?

Daniel Stolz, Peter Malama, Helmut Hersberger, Christian Egeler, Christine Heuss,
Christine Locher-Hoch, Rolf Stürm, Urs Schweizer, Baschi Dürr

f) Anzug betreffend mögliche Zusammenlegung der Kantonalen Laboratorien Basel-Stadt und Basel-Landschaft

05.8455.01

Die beiden Halbkantone, mit einer Bevölkerungszahl von ca. einer halben Million Einwohnern, betreibt seit Jahren zwei separate Kantonale Laboratorien. Es stellt sich nun die Frage, da beide laufend nach Möglichkeiten suchen, ihre Finanzlage zu optimieren, ob die Zeit nicht gekommen ist, die beiden Kantonalen Laboratorien an einem noch festzulegenden Standort zusammen zu legen. Das Betreiben eines kantonalen Laboratoriums, mit der Erfordernis nach modernen Maschinen und Apparaten, die laufend auf dem Stand der Technik gehalten werden müssen, erfordert einen hohen Kapitaleinsatz, ganz abgesehen von den entsprechenden Personalkosten. Es liegt deshalb auf der Hand, dass für beide Partner bedeutende „Fusionsgewinne“ zu erzielen wären, ohne dass dabei die Dienstleistung gegenüber den Bevölkerungen von BS und BL leiden muss.

Wir fragen deshalb die Regierung höflich an, zu prüfen und zu berichten, wie folgt:

1. Ist die Regierung Basel-Stadt bereit, mit der Regierung Basel-Landschaft Gespräche aufzunehmen, um zu prüfen, ob eine solche Fusion ein erstrebenswertes Ziel für beide Partner wäre?
2. Wieviel kostet der Betrieb des Kantonalen Laboratoriums Basel-Stadt pro Jahr? (Gesamte Aufwendungen und Investitionen)
3. Wieviel kostet der Betrieb des Kantonalen Laboratoriums Basel-Landschaft pro Jahr? (Gesamte Aufwendungen und Investitionen)
4. Wie hoch schätzen die beiden Partner den potenziellen „Fusionsgewinn“ ein?
5. Ist die Regierung bereit, Einverständnis der Partner in Baselland vorausgesetzt, die entsprechenden Vorbereitungen, die zu einer speditiven Umsetzung einer solchen Zusammenlegung führen, zusammen mit den Partnern, sobald wie möglich an die Hand zu nehmen?

6. Ist die Regierung bereit, darauf zu achten, dass dieses Geschäft, sollte es denn zu Stande kommen, so speditiv wie möglich behandelt werden kann. (Negatives Beispiel Fusion der AEU, erster Vorstoss 1999.)

Hansjörg Wirz, Hans Rudolf Lüthi, Christoph Zuber, Stephan Maurer, Felix W. Eymann, Markus Benz

g) Anzug betreffend umfassendes Verkehrskonzept für die Quartiere Klybeck und Kleinhüningen

05.8456.01

Die Quartiere Klybeck und Kleinhüningen gehören zu den benachteiligten Wohngebieten der Stadt Basel. Zur Zeit sind sie zudem Gegenstand verschiedenster Planungs- oder Bauaktivitäten, die drastische Auswirkungen auf die Verkehrssituation dieser beiden Quartiere haben werden. Als Beispiel seien erwähnt:

- Grossprojekt Einkaufszentrum auf dem Areal der ehemaligen Stückfärberei
- Verlagerung des Hafens St. Johann nach Klybeck/Kleinhüningen
- Projekt Umbau Hochbergerplatz
- Verlängerung der Tramlinie 8 nach Weil-Friedlingen
- Autobahnausfahrt Kleinhüningen
- Projekt Deep Heat Mining
- Regio S-Bahn Variante Nord

All diese Projekte werden völlig unkoordiniert und unabhängig voneinander vorangetrieben. Dieses konzeptlose Vorgehen und die damit verbundene Informationspolitik wecken Ängste und Misstrauen bei der betroffenen Bevölkerung.

Hinzu kommt das Problem des massiven Lastwagenverkehrs in der Kleinhüningeranlage, für das in absehbarer Zeit keine Lösung in Sicht ist. Auch die zu erwartende Bautätigkeit auf dem Erlentmatt-Areal wird vermutlich nicht zu unterschätzende Folgen auf die Verkehrsströme in Kleinhüningen / Klybeck haben. Aufgrund dieser Situation und den zu erwartenden Veränderungen befürchten die Bewohnerinnen dieser beiden Quartiere eine weitere Verschlechterung ihrer Wohnqualität.

Was es braucht ist ein umfassendes Verkehrskonzept für die Quartiere Klybeck und Kleinhüningen, eine Art „Masterplan“. Die aktuellen und zukünftigen Verkehrsströme müssen koordiniert und so geleitet werden, dass der Verkehr nicht unbegrenzt weiter wächst, sondern im Gegenteil eine Verkehrsreduktion in den Wohnquartieren möglich wird. Ebenso soll mit diesem Konzept die Einhaltung des Luftreinhalteplans und der Lärmgrenzwerte ermöglicht werden und nicht zuletzt sollen damit flankierende Massnahmen zur Erhaltung und Verbesserung der Wohnqualität getroffen werden.

Die Unterzeichnenden bitten die Regierung dringend, ein umfassendes Verkehrskonzept für die Quartiere Klybeck und Kleinhüningen zu erstellen und damit eine Koordination der verschiedenen Projekte und eine nachhaltige Lösung der Verkehrsprobleme in diesen Quartieren zu ermöglichen.

Heidi Mück, Hans Baumgartner, Anita Lachenmeier-Thüring, Michael Wüthrich,
Patrizia Bernasconi, Urs Müller, Hasan Kanber, Stephan Gassmann, Roland Engeler,
Sibel Arslan, Kurt Bachmann, Eveline Rommerskirchen, Stephan Maurer, Jörg Vitelli

h) Anzug betreffend Verbesserung des Fahrradstreckennetzes von Grenzach-Wyhlen nach Basel

05.8458.01

Bei den Besuchen des Büros des Grossen Rates in den deutschen Nachbargemeinden, konnten wir in der Gemeinde Grenzach-Wyhlen von interessanten Neuerungen im Fahrradbereich erfahren. Die Gemeinde lässt seit kurzem in den Fahrbereichen, in denen keine Fahrradstreckenmarkierung oder spezielle Strassenabschnitte für Velos vorhanden sind, die Fahrradfahrenden auch auf dem Trottoir fahren. Dies kommt auch den Basler Fahrradfahrenden zu gut, ist doch gerade die Strecke Basel - Rheinfelden auf der deutschen Seite des Rheins im Sommer ein beliebtes Ausflugsziel, besonders auch für Familien. Mit dieser Neuerung wird die Sicherheit für Velofahrerinnen verbessert.

Viele Grenzach-Wyhler wiederum kommen mit dem Fahrrad nach Basel um hier zu arbeiten, einzukaufen oder das Freizeitangebot zu geniessen. Sie und auch die Leute aus dem Hirzbrunnenquartier und Riehen haben dafür eine beinahe durchgängige sichere Fahrstrecke über das Stauwerk und die Birsfelden-Dalbedych- sowie die Tinguelymuseum- Kleinbasler Rheinpromenaden-Achse. Leider fehlen bis heute im Grenzbereich zwei kleinere aber umso wichtigere Teilstrecken in diesem Streckensystem. Für diejenigen, die auf der Grenzacherstrasse nach Grossbasel fahren, fehlt der Fahrradstreifen nach dem Grenzübergang bis zur Abbiegemöglichkeit auf der Höhe des

Stauwerks. Für die, die nach Kleinbasel fahren, ist zudem schwierig, dass es keinen Fahrradübergang vor der Rankhofkurve gibt (leider auch keinen FussgängerInnenübergang) und sie direkt in die überaus komplexe Schwarzwaldkreuzungssituation geleitet werden.

Da es sinnvoll ist, Fahrradwege über die Grenze von Basel hinaus zu planen und zu bauen, bitten die Unterzeichnenden den Regierungsrat, wie folgt zu prüfen und zu berichten,

1. ob die Fahrradstreckenführung vom Grenzposten Grenzach-Wyhlen bis zum Stauwerk durchgängig ausgezeichnet werden könnte, um so Kongruenz für beide Achsen zu schaffen.
2. ein komponierter Übergang vor der Rankhofkurve gebaut werden könnte, um so den Anschluss an die Kleinbasler Achse neu zu definieren und sicher zu gestalten.

Brigitta Gerber, Michael Martig, Christian Egeler, Dieter Stohrer, Noëmi Sibold, Helen Schai-Zigerlig, Anita Lachenmeier-Thüring, Stephan Ebner

i) Anzug betreffend Quartiersekretariat im St. Johann

09.8462.01

Im unteren Kleinbasel gibt es seit einigen Jahren dank der Werkstatt Basel und dem zeitlich beschränkten Engagement der CMS ein Quartiersekretariat, welches nun als Stadtteilsekretariat das ganze Kleinbasel betreut. Es bildet eine wichtige Schanierstelle zwischen Bevölkerung und Verwaltung, kann Anregungen aus dem Quartier aufnehmen und an die richtigen Stellen weiterleiten und Quartiersanliegen nach Absegnung durch die Trägerschaft bei der Verwaltung vertreten. Sämtliche Parteien und alle wichtigen Quartierorganisationen bilden die Trägerschaft des Stadtteilsekretariats. Durch die breite Abstützung werden konsensfähige Lösungen an den Delegiertenversammlungen gefunden. Viele Probleme konnten dank dem Quartiersekretariat, welches Verwaltung und Bevölkerung zusammenbringt und gegenseitig informiert, entschärft werden und es wurden nicht selten gute, nachhaltige Lösungen gefunden.

Das Quartiersekretariat hat nach dem Nordtangentenbau Wesentliches zur Aufwertung des unteren Kleinbasel beigetragen. Eine wichtige Aufgabe bildet nach wie vor die enge Zusammenarbeit mit dem IAK (integrale Aufwertung Kleinbasel). Dank dem bewährten und kontinuierlichen Engagement des Stellenleiters ist auch nach der Auflösung des IAK die Kontinuität der Stadtteilentwicklung gewährleistet.

Das St. Johann-Quartier zeigt heute wegen dem Nordtangentenbau ein ähnlich verwüstetes Bild wie das untere Kleinbasel vor ein paar Jahren. Durch den Stadtentwicklungskredit, welche über 5 Jahre läuft, kann eine kurzfristige Prozessentwicklung zwar angefangen werden, eine langfristige und nachhaltige Wiederaufwertung ist jedoch nicht möglich. Ohne gleichzeitige Schaffung eines Quartiersekretariats wird der Einbezug der Bevölkerung, der Quartierorganisationen und der Parteien nie im selben Masse wie im Kleinbasel stattfinden können. Nach dem Auslauf der Stadtentwicklungsgruppe wird das angeeignete Wissen dem Quartier verloren gehen und eine kontinuierliche Entwicklung verunmöglichen.

Das Gundeldingerquartier kennt zwar kein Quartiersekretariat, jedoch eine Quartierkoordinationsstelle. Diese wird von der CMS und dem Kanton finanziell unterstützt.

Im St. Johann fehlt sowohl eine Quartierkoordination wie auch ein Quartiersekretariat. Quartieraktive Personen haben kürzlich in einer Trägerschaft für ein vorläufiges Quartiersekretariat zusammengefunden. Ein Konzept für diese notwendige Vorstufe des angestrebten „Stadtteilsekretariat Basel-West“ ist bereits in Bearbeitung.

Wir bitten die Regierung zu prüfen und zu berichten,

- ob bereits jetzt während dem Nordtangentenbau ein Quartiersekretariat St. Johann oder ein Stadtteilsekretariat Grossbasel West (entsprechend dem kantonalen Konzept) geschaffen werden kann,
- damit die kurz- und langfristige Aufwertung des vom Nordtangentenbau in Mitleidenschaft gezogene Quartier staatlich gefördert werden kann,
- bald auch im Grossbasel- Ost ein Stadtteilsekretariat geschaffen werden kann.

Anita Lachenmeier-Thüring, Ruth Widmer, Arthur Marti, Roland Engeler, Stephan Gassmann, Jan Goepfert, Heidi Mück, Sibel Arslan, Dieter Stohrer, Markus Benz, Beat Jans

j) Anzug betreffend Überprüfung der kantonalen Abstimmungsbroschüre des Wahlcouverts

05.8464.01

Die kantonale Abstimmungsbroschüre welche dem Stimmcouvert beigelegt wird, sorgt immer wieder für Murren bei den politisch Interessierten. Oftmals wird das Büchlein als zu wenig ausgewogen und als zu regierungsfreundlich betrachtet.

Um eine möglichst gleichberechtigte Ausgangslage für die Komitees, welche in der Abstimmungsbroschüre nicht die regierungsrätliche Meinung vertreten, zu schaffen ist eine Überprüfung über Form und Inhalt der Broschüre sinnvoll. Der Anzugssteller und die Mitunterzeichnenden sind überzeugt davon, dass aus demokratischer Sicht eine

gleichgewichtige Darlegung der Pro -und Contra-Argumente einer Vorlage im Abstimmungsbüchlein zu befürworten ist.

Aus diesem Anlass bitten die Unterzeichnenden den Regierungsrat zu prüfen und zu berichten, ob

1. zukünftig dem Regierungsrat wie auch dem allfälligen Initiativ-/Referendumskomitee im selben Umfang Zeichen und Absätze für die Argumentation in der Abstimmungsbroschüre zur Verfügung gestellt werden können.
2. den Initiativ- und Referendumskomitees die Möglichkeit gegeben werden kann, ihre Argumentation in Kenntnis der Argumentation des Regierungsrats selbst zu formulieren.

Joël Thüring, Conradin Cramer, Heidi Mück, Michel Remo Lussana, Tommy Frey, Eduard Rutschmann, Andreas Ungricht, Sebastian Frehner, Angelika Zanolari, Partick Hafner, Kurt Bachmann, Oskar Herzig, Toni Casagrande, Lorenz Nägelin, Hans Egli

k) Anzug betreffend Geschichte der Verdingkinder

05.8465.01

Unzählige Kinder sind in der Schweiz bis in die 1960er Jahre verdingt worden. Sie wurden von den Armen- und Vormundschaftsbehörden bei fremden Familien platziert oder in Anstalten versorgt und haben oft grosses Leid erfahren. Bisher sind erst wenige Einzelschicksale bekannt. Die Aktionsgemeinschaft „Verdingkinder.ch“ ist momentan im Besitze von über 350 Namen und Adressen von ehemaligen Verdingkindern, die bereit sind, ihre Lebensgeschichte zu erzählen. Obwohl erst rudimentäre Angaben zu dieser Personengruppe bestehen, steht fest, dass auch in Basel Kinder verdingt wurden. Fallgeschichten zeigen, dass Platzierungen oft durch die ganze Schweiz stattfanden, so dass ein kantonsübergreifender Blick nötig ist. Es ist bekannt, dass Kinder aus dem Kanton Basel-Stadt oft nach Bern verdingt wurden.

Die Geschichte der Verdingkinder ist ein dunkles Kapitel in der schweizerischen Sozialgeschichte, die bis anhin erst bruchstückhaft erforscht ist. Der Bundesrat, die Medien und viele Betroffene haben auf den Aufarbeitungsbedarf in diesem Bereich hingewiesen. Der Kanton Waadt unterstützte ein Projekt über fremdplatzierte Kinder in 5 Kantonen der Westschweiz, das von der Ecole Etudes Sociales et Pédagogiques Lausanne geleitet wurde. Zurzeit unterstützt der Schweizerische Nationalfonds ein Projekt unter der Leitung von Prof. Ueli Mäder und Prof. Heiko Haumann (beide Universität Basel) „Verdingkinder, Schwabengänger, Spazzacamini und andere Formen von Fremdplatzierung und Kinderarbeit in der Schweiz im 19. und 20. Jahrhundert“ mit rund 130'000 Franken. Dieses Geld reicht allerdings nur, um einen Teil der heute noch lebenden ehemaligen Verdingkinder zu interviewen. Für die Durchführung weiterer Interviews ist ein Finanzierungsgesuch beim Lotteriefonds hängig. Noch nicht finanziert sind damit aber Transkription und Auswertung der Interviews sowie die Sichtung und Auswertung verschiedener privater und staatlicher Akten.

Zeitlich gesehen ist es die letzte Gelegenheit, die Thematik anhand von Interviews aufzuarbeiten und damit dem eigenen Empfinden der Betroffenen den gebührenden Stellenwert zu geben.

Die Unterzeichnenden bitten die Regierung folgende Fragen zu prüfen und zu berichten;

1. Welche Haltung nimmt die Regierung gegenüber der beschriebenen Thematik ein?
2. Welche Schritte können eingeleitet werden, damit die Geschichte von Verdingkindern, insbesondere aus Basel, aufgearbeitet werden kann?
3. Ist die Regierung bereit, das oben erwähnte Projekt zu unterstützen?

Noëmi Sibold, Oswald Inglin, Urs Joerg, Helen Schai-Zigerlig, Stephan Maurer, Hansjörg Wirz, Sabine Suter, Gülsen Oeztürk, Christine Keller, Esther Weber Lehner, Rolf Häring, Brigitte Hollinger, Anita Lachenmeier-Thüring, Michael Martig, Dominique König-Lüdin, Andrea Bollinger, Annemarie Pfister, Urs Müller, Markus Benz, Hans-Peter Wessels, Bruno Suter, Hans Baumgartner, Brigitta Gerber, Anita Heer, Ruth Widmer, Maria Berger-Coenen, Sibylle Schürch

l) Anzug betreffend das Nordbogen S-Bahn Projekt „Hafenbahn“ einer privaten Kleinbasier Initiativgruppe

05.8466.01

Die Planung der Regio S-Bahn „Herzstück“ geht bisher, wie kürzlich vom Baudepartement anlässlich der Ausstellung „Stadtentwicklung Basel Nord“ veröffentlicht wurde, von 3 Varianten (mit Untervarianten) aus: Variante „Mitte“ 1-3, Variante „Nord Tieflage“ mit 2 Untervarianten und eine Variante des ETH-Studios Basel „Nord oberirdisch“. Die Varianten „Mitte“ und „Nord Tieflage“ liegen zwar beide innerhalb des Hoheitsgebietes des Kantons Basel-Stadt, sind aber beide auch sehr teuer und übersteigen die Leistungsfähigkeit unseres Investitionsbudgets erheblich; sie lassen sich also nur in Finanz-Partnerschaften realisieren. Die Variante „Nord oberirdisch“ verläuft zur Hälfte auf französischem Territorium und lässt sich deswegen nur in einer neuen Planungs- und Finanzpartnerschaft realisieren.

Das wichtigste Desiderat der regionalen S-Bahn Planung ist ein Nordbogen, der die Bahnlinien von SNCF und DB am nördlichen Stadtrand verbindet. Der trinationale Raum am Nordrand Basels, zwischen den Ortskernen von St. Louis, Huningue und Weil/Friedlingen, hat grosses Entwicklungspotential. Die Erschliessung von Stadtentwicklungsgebieten ist grundsätzlich sehr interessant.

Bei der Prüfung der Varianten ist neben diesen Gesichtspunkten auch die Finanzierbarkeit und der zeitliche Realisierbarkeit sehr wichtig. Die Kleinbasler Initiativegruppe „Wirtschaft in Kleinhüningen“ hat eine S-Bahn Variante mit dem Titel „Hafenbahn“ ausgearbeitet, welche durch ihren geringen Investitionsaufwand und die sofortige Realisierbarkeit fasziniert. Der Trassee dieses Nordbogens wird weit gehend auf bestehenden Geleisen im St. Johann-Industriequartier und im Kleinhüninger Hafengebiet geführt. Eine Brücke überquert den Rhein auf der Höhe des Hüniger Zolls. Ein weiterer Vorteil dieser Variante ist, dass sie das Novartis-Campus Areal, das Hafentwicklungsgebiet Klybeck und den Raum Kleinhüningen/Friedlingen sowie das Naherholungsgebiet Lange Erlen an die S-Bahn anschliesst.

Die Basler Verkehrsplanungsbehörden haben bei der Evaluation von Regio S-Bahnvarianten das Projekt „Hafenbahn“ noch nicht offiziell berücksichtigt. Einige Vorteile dieses Vorschlages erscheinen so interessant, dass das Projekt umfassend geprüft werden sollte und mit den drei bisher vorgelegten Planungsvarianten verglichen werden sollte.

Die Anzugstellerinnen und Anzugsteller bitten den Regierungsrat:

- die Variante „Hafenbahn“ der Kleinbasler Gruppe „Wirtschaft in Kleinhüningen“ von den Initianten entgegen zu nehmen, nötigenfalls anzupassen und zu optimieren und
- dem Grossen Rat darüber zu berichten mit einer vergleichenden Darstellung der bisher vorliegenden Varianten.

Eveline Rommerskirchen, Michael Wüthrich, Stephan Gassmann, Marcel Rünzi, Thomas Grossenbacher, Jörg Vitelli, Brigitte Strondl, Andrea Bollinger, Patrizia Bernasconi, Roland Engeler, Kurt Bachmann, Christian Egeler

m) Anzug betreffend Verkehrsprobleme und fehlender Planung in Kleinhüningen unter besonderer Berücksichtigung der Erschliessung und Nutzung weiterer Industrie- und Hafenableitungen sowie der rasanten Entwicklung des grenzüberschreitenden Güterschwerverkehrs

05.8467.01

Ein im AKZENT 5/2005 erschienener Beitrag mit dem Titel «Kleinhüningen: Vom Sterben eines Dorfes» zeigt mit jeder nur wünschbaren Deutlichkeit wie heute ein in der Stadt einverleibtes Quartier, von allen Seiten mit Fabrik- und Hafenanlagen aber auch mit Staatsbetrieben brutal in den Würgegriff genommen wurde. Lärm-, Geruchs- und Staubimmissionen haben die Lebensqualität der dortigen Bevölkerung auf ein nicht mehr verantwortbares Mass gesenkt. Der über die ganze Woche andauernde Lastwagenverkehr aus den Hafenanlagen z. Teil über Wohngebiete, aber auch der an Wochenenden bis auf 10'000 bis 14'000 PW anschwellende Individualverkehr haben unerträgliche Ausmasse erreicht. Zustände, die zwar der Regierung und allen verantwortlichen Planungsstellen wohl längst bekannt sind, aber bislang der Ignoranz zum Opfer gefallen sind. Im Zusammenhang mit dem Politikplan 2006 bis 2009 fällt auf, dass zwar Schwerpunkte für Basel-Nord, besonders Matthäus, Horburg, Rosental (samt Erlenmatt), nicht aber für Kleinhüningen, auszumachen sind. Die hochproblematischen Bereiche werden jetzt beim Ratschlag betr. Areal "Stückfärberei" Hochberger-, Baden - und Neuhausstrasse evident. So gefährden die nach wie vor ungelösten verkehrstechnischen Probleme in Kleinhüningen weitere - politisch ohnehin hochbrisante Projekte. Die Unterzeichneten bitten daher die Regierung zu prüfen und zu berichten ob,

- auf Grund der geschilderten Problematik auf allen Ebenen nicht die Planung und Realisierung der Verkehrsinfrastrukturmassnahmen mit höchster Priorität ernsthaft an die Hand genommen werden müssten.
- zur Entlastung der Wohngebiete die Planung und der Bau von »Transit-Rampe-Brücken« insbesondere für Lastwagenverkehr Südquai/Hiltalingerbrücke nicht mit Elan vorangetrieben werden könnten.
- Weitere Verbesserungen - insbesondere die Kapazität Wiesenkreisel - nicht in einer höheren Dringlichkeitsstufe zu geordnet werden müssten.
- Perspektiven für die Bewältigung des rasant zunehmenden grenzüberschreitenden Güterschwerverkehrs (Bahn- und Strasse) jetzt aufgezeigt werden müssten. Wie es mit der »Proaktivität« und »Dynamik« der zuständigen Stellen des Kantons Basel-Stadt um die Sicherung des kantonalen/kommunalen Finanzierungsanteil des Bundes zur Umsetzung des Aggloprogramms bestellt ist.

Kurt Bachmann, Hasan Kanber, Urs Schweizer, Talha Ugur Camlibel, Toni Casagrande, Hans Egli, Hans Baumgartner, Giovanni Nanni, Heidi Mück, Tommy Frey, Oskar Herzig, Roland Vögtli, Christoph Zuber, Joël Thüring, Angelika Zanolari, Andreas Ungricht, Michel Remo Lussana, Emmanuel Ullmann, Patrick Hafner, Désirée Braun, Sebastian Frehner, Lorenz Nägeli

n) Anzug betreffend Ersatz der veralteten Ablesezähler der IWB für Wasser, Elektrizität, Gas und Wärme

05.8468.01

Liegenschaftseigentümer erhalten immer wieder von den IWB auf dem aufwändigen Formularweg die Aufforderungen, in den verschiedenen Liegenschaften die Zähler für Wasserverbrauch abzulesen. Zudem werden die Mieter in Wohnhäusern ebenfalls mittels Formularen auf dem Postweg regelmässig aufgefordert, die EW-Zähler selbst abzulesen und die abgelesenen Daten zurückzusenden. Besonders für die Liegenschaftsbesitzer ist dies mit grossem Zeitaufwand verbunden. Unter Berücksichtigung des Digitalzeitalters sollte es möglich sein, dass die IWB solche Daten aus der Zentrale abrufen können, wenn entsprechende Einrichtungen in den Liegenschaften vorhanden sind. Die privaten Ablesorganisationen betreffend Heizkostenerstellung sind dazu übergegangen, die Messdaten elektronisch abzurufen. Im benachbarten Ausland (vor allem Deutschland und Italien) sind die entsprechenden Systeme weit fortgeschrittener als in Schweiz. So ist dem Anzugsteller aus persönlicher Erfahrung bekannt, dass in der Provinz Verona die ENEL mit hochmodernen digitalen Ablesezählern den Verbrauch an Elektrizität eines jeden einzelnen Kunden aus der Zentrale direkt abliest und dann auf dem direktestem Weg die Rechnung dem Verbraucher zustellen kann.

Die Unterzeichneten bitten den Regierungsrat zu prüfen und zu berichten ob

- in Basel das Monopol der IWB veranlasst werden könnte, den Energiebezügern ein System betreffend automatische Ablesung der Daten in der Zentrale anzubieten.

Kurt Bachmann, Urs Schweizer, Giovanni Nanni, Joël Thüring, Conradin Cramer, Claude François Beranek, Martin Hug, Toni Casagrande, Angelika Zanolari, Hans Egli, Lorenz Nägeli, Oskar Herzig, Tommy Frey, Arthur Marti, Andreas Ungricht, Michel Remo Lussana, Roland Vögli, Partick Hafner, Désirée Braun, Sebastian Frehner, Bernhard Madörin

o) Anzug betreffend Tempo 30 in der Hammerstrasse und dem Claragraben

05.8483.01

Tempo 30 wirkt sich positiv auf die Wohn- und Luftqualität, die Verkehrssicherheit und den Verkehrsfluss - kurz die Lebensqualität - aus. Im Kleinbasel gibt es viele Tempo 30 Strassen aber in den Quartieren Clara, Klybeck und Matthäus keine echten Tempo 30 Zonen. Beinahe alle Strassen parallel zum Rhein (Klybeckstr, Claragraben, Hammerstr., Riehenring) können mit 50 km/h befahren werden.

Die Claramatte wird zurzeit vergrössert und saniert. Damit diese Freifläche sowohl von den älteren und den jungen Quartierbewohnern genutzt werden kann, ist eine ungefährliche Erreichbarkeit unerlässlich. Heute müssen jedoch von zwei Seiten unübersichtliche Strassen überquert werden, welche mit 50 km/h befahren werden können. Anstelle des Riehenringes oder der Schwarzwaldallee werden diese Strassen als Durchgangsstrassen benützt.

Die Clarastrasse wurde mit einer Aufpflasterung versehen, wodurch der Durchgangsverkehr verlangsamt wird. Nach den Schwellen beschleunigen aber viele Automobilisten auf die maximal zulässige Geschwindigkeit. Dies ist für die FussgängerInnen und die VelofahrerInnen gefährlich und verursacht ausserdem übermässigen Lärm. Dem Verkehrsfluss dient dies jedoch nicht. Die Durchbrechung der Tempo 30 Zonen durch die oben aufgezählten Strassen hat weiter zur Folge, dass der Schilderwald und damit die Unübersichtlichkeit in diesen Quartieren extrem hoch ist.

Zu befürchten ist, dass nach Beendigung der Bauarbeiten bei der Claramatte auch die Wohnbevölkerung und die Besucher der Claramatte unter einer Zunahme des dortigen Parkhausverkehrs leiden werden.

Damit die Wohnqualität im Kleinbasel verbessert wird, bitten die Unterzeichnenden darum den Regierungsrat zu prüfen und zu berichten, ob

- die Hammerstrasse und der Claragraben, welche eigentliche Quartierstrassen sind, zu Tempo 30 Strassen umgewandelt werden können,
- die Erreichbarkeit der Claramatte damit erhöht,
- die Verkehrssicherheit für alle Teilnehmenden verbessert,
- der unübersichtliche Schilderwald dadurch reduziert und
- damit etwas zur integralen Aufwertung des Kleinbasels beigetragen werden kann?

Michael Wüthrich, Anita Lachenmeier-Thüring, Urs Müller, Thomas Grossenbacher, Beat Jans, Talha Ugur Camlibel, Bruno Suter, Annemarie Pfister, Sibel Arslan, Heidi Mück, Lukas Labhardt

p) Anzug betreffend Anreize für Staatsangestellte zur Wohnsitznahme in Basel-Stadt

05.8484.01

Heute ist unbestritten, dass Angestellte des Kantons ihren Wohnsitz frei wählen können, unabhängig von der Bedeutung ihrer Aufgaben. Der früher weit verbreitete Wohnsitzzwang für Beamte ist heute zu Recht verpönt. Ein Wohnsitzzwang für Staatsangestellte ist nicht vereinbar mit der in der Bundesverfassung garantierten Niederlassungsfreiheit. Nur für Staatsangestellte, die aufgrund ihrer speziellen Aufgabe jederzeit schnell an ihrem Arbeitsplatz gelangen müssen - zu denken ist beispielsweise an Feuerwehrleute - kann ein Wohnsitzzwang festgelegt werden (vgl. § 17 Personalgesetz).

Diese klare Ausgangslage ändert nichts am Interesse des Kantons, möglichst viele seiner Angestellten zu den Kantonsbewohnerinnen und -bewohnern zählen zu können. Dies schon deshalb, weil Kantonsangestellte im Allgemeinen überdurchschnittlich gute, stabile und verlässliche Steuerzahlende sind. Es leuchtet ein, dass aus der Sicht von Basel-Stadt ein möglichst grosser Teil der vom Kanton ausgeschütteten Löhne auch im Kanton versteuert werden sollte. Überdies kann ein Wohnsitz im Kanton die Identifikation und Vertrautheit mit lokalen Gegebenheiten und Problemen stärken. Aus Sicht des Kantons dürfte es unabhängig von deren Lohnklasse sinnvoll sein, dass Staatsangestellte auf Kantonsgebiet wohnen. Hierzu gilt es nach Meinung der Unterzeichneten Anreize zu schaffen.

Die Unterzeichneten bitten den Regierungsrat zu prüfen und zu berichten,

- wie Anreize für die Wohnsitznahme heutiger und künftiger Staatsangestellter im Kanton geschaffen werden können, namentlich:
- welche der in der Privatwirtschaft verbreiteten Unterstützungsmassnahmen bei der Wohnungssuche für zuziehende Mitarbeitende auch der Kanton als Arbeitgeber beherzigen kann,
- ob im Licht der Rechtsgleichheit der Wohnsitz bei ansonsten gleichwertigen Qualifikationen als Kriterium bei Einstellungen berücksichtigt werden kann,
- welche Arten von administrativen und anderen Erleichterungen Staatsangestellten bei einer Wohnsitznahme im Kanton gewährt werden können.

Conradin Cramer, Christine Wirz-von Planta, Andreas Albrecht, Christian Egeler, Martin Hug, Lukas Engelberger, Andreas Burckhardt, Peter Zinkernagel, Baschi Dürr, Claude François Beranek, Eduard Rutschmann, Joël Thüring

Interpellationen**a) Interpellation Nr. 93 betreffend „Verantwortlichkeiten des Verwaltungsrates des Theater Basels und seines Intendanten Schindhelm im Bezug auf die Subventionsverhandlungen und die tiefen Zuschauerzahlen“**

05.8459.01

Der Interpellant nimmt von den jüngsten Ereignissen rund um die Subventionsverhandlungen und die damit verbundene Kürzung um 3,5 Millionen Franken für das Theater Basel mit Unmut Kenntnis. Er ist gleichzeitig aber über die vom Regierungsrat definitiv beschlossene Kürzung erfreut. Weniger Freude bereitet die seit Wochen andauernde Debatte rund um diese Kürzungen. Nimmt man die diversen Berichte der Medien zur Kenntnis, hat sich der Verwaltungsrat des Theater Basels wie auch der zukünftige Intendant, Georges Delnon, wenig kooperativ gezeigt und jegliche Bereitschaft zu einer solchen Kürzung abgelehnt und angekündigt den Subventionsvertrag nicht zu unterzeichnen.

Das Verhalten des Verwaltungsrates kann als „störrisch“ bezeichnet werden und ist kontraproduktiv. Offenbar ist sich der Verwaltungsrat seiner finanzpolitischen Pflicht gegenüber dem Erziehungsdepartement, seinem Vorsteher aber auch dem Steuerzahlenden des Kantons Basel-Stadt nicht bewusst. Die zudem jüngst vom Erziehungsdepartement und dem Ressort Kultur vorgelegte eklatant tiefe Zuschauerauslastung von 44% ist besorgniserregend und deutet darauf hin, dass der abtretende Theaterintendant Michael Schindhelm seiner künstlerischen Verantwortung nicht mehr nachgekommen ist und seine Tätigkeit hier in Basel für sein neues Engagement in Berlin vernachlässigt hat.

Aufgrund des finanzpolitischen Versagens des Verwaltungsrates und seiner Führungsschwäche bzw. aufgrund des künstlerischen Versagens Michael Schindhelms bitte ich den Regierungsrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Wie sieht der Regierungsrat die künftige Zusammenarbeit mit dem Verwaltungsrat des Theater Basel nach dessen Verlautbarungen den Subventionsvertrag unter den gegebenen Umständen nicht zu unterzeichnen?
2. Erachtet der Regierungsrat eine weitere Zusammenarbeit mit dem Verwaltungsrat des Theater Basels als möglich bzw. befürwortet er einen allfälligen Gesamtrücktritt des Verwaltungsrates?

3. Wie äussert sich der Regierungsrat zu den Vorwürfen des Verwaltungsrates, dass die Sparmassnahmen von 3,5 Millionen Franken nicht umzusetzen seien?
4. Hat der Verwaltungsrat aus Sicht des Regierungsrates die „Hausaufgaben“ bezüglich Realisierung der geforderten Kürzungen in den letzten Jahren gemacht?
5. Inwiefern war der abtretende Theaterintendant bereit, mit dem Ressort Kultur und dem ED Vorarbeiten für die nun vom Regierungsrat beschlossenen Kürzungen zu leisten und so die Rahmenbedingungen für die Umsetzung zu schaffen?
6. Wie bewertet der Regierungsrat die eklatant schwachen Zuschauerzahlen und die damit verbundene zunehmende Bedeutungslosigkeit des Theaters?
7. Wie bewertet der Regierungsrat die Zusammenarbeit mit dem Theaterintendanten seit Bekanntgabe seines Abganges?
8. Ist aufgrund der geschilderten Erkenntnisse und der harten Fakten der schlechten Auslastung und des mangelnden Interesses am Theater Basel der Regierungsrat der Ansicht, dass Michael Schindhelm seiner Verpflichtung am Theater Basel noch gewissenhaft nachgekommen ist?
9. Trägt Michael Schindhelm als künstlerischer Gesamtleiter aus Sicht des Regierungsrates an diesen schlechten Zahlen die Hauptverantwortung?
- 9.2 Wenn ja, wird Michael Schindhelm hierfür zur Verantwortung gezogen? Allenfalls durch Lohnrückzahlungen bzw. inwiefern können andere Massnahmen gegenüber Herrn Schindhelm in Erwägung gezogen werden?
- 9.3 Erachtet der Regierungsrat aufgrund dieser Tatsachen die sofortige Freistellung Michael Schindhelms als gegeben?

Joël Thüring

b) Interpellation Nr. 94 betreffend einer allfälligen Redimensionierung des Polizeipostens Gundeldingen im Zuge zu knapper finanzieller Mittel im Sicherheitsdepartement

05.8471.01

Im Nachgang zur Budget-Debatte in der Dezember-Sitzung des Grossen Rates möchte ich dem Regierungsrat ein paar wenige Fragen im Zusammenhang mit der Finanz- und somit der Personalknappheit beim Sicherheitsdepartement und dem damit zusammenhängenden Abbau beim Betrieb der Polizeiposten, insbesondere jenem im Gundeli, stellen.

Zur Ausgangslage:

Das Gundeldingerquartier ist innerhalb Basels recht eigentlich eine Stadt in der Stadt, beinahe natürlich eingegrenzt durch Bruderholzhügel, den Schienensträngen des Bahnhof SBB, dem Dreispitz und dem Birsiggraben.

Das Gundeli hat die Grösse von Olten, hat einen Ausländeranteil von knapp 40% und gilt deshalb als eines der sog. Problemquartiere Basels.

Mit den Ausbauplänen im Dreispitzareal steht dem Quartier zudem eine Erweiterung mit noch wenig absehbaren Konsequenzen bevor.

Olten betreibt für sein Stadtgebiet zwei Polizeiposten. Das Gundeli besitzt mit dem Posten am Tellplatz einen solchen Stützpunkt, der im Übrigen auch das Bruderholz-Quartier abdecken muss.

Das reicht auch, wenn dieser Posten auch tatsächlich ein Polizeiposten ist, wie er von einem Grossteil unserer Stadtbevölkerung verstanden wird: ein Posten, in dem die Polizei rund um die Uhr, sieben Tage in der Woche vor Ort Präsenz markiert.

Nun droht diesem Posten eine partielle Schliessung nachts und über das Wochenende.

Diese Massnahme ist für die Quartierbevölkerung nicht nachvollziehbar. Einmal mehr kommt das Gefühl hoch, dass das Gundeli über Gebühr benachteiligt wird: knappe Abwendung der drohenden Schliessung der Poststelle an der Sempacherstrasse, jetzt mit einer Weiterführung mit eingeschränktem Service, keine stadtentwicklerische Erwähnung im Politikplan, zuerst grosse Hoffnungen auf einen Neubau der Wache Süd im Turm bei der Passerelle innerhalb des Konzeptes 4+ und jetzt Degradierung des Postens am Tellplatz zum Schönwetter-Polizeischalter.

Die Quartierbevölkerung empfindet eine Einschränkung der Öffnungszeiten „ihres“ Postens nicht nur als Abbau der Sicherheit im Quartier, sondern generell als Vernachlässigung ihres Quartiers. Der Erklärungsbedarf ist gross.

Ich möchte deshalb die Regierung um die Beantwortung folgender Fragen bitten:

1. Kann die Regierung die Besorgnis und die Stimmungslage der Bewohner des Gundeldingerquartiers nachvollziehen?
2. Ist die Regierung bereit, eine für das Gundeli befriedigende Lösung für den Polizeiposten Gundeldingen prioritär anzustreben?
3. Wieviele finanzielle Mittel sind nötig, um eine Öffnung des Polizeipostens Gundeldingen rund um die Uhr zu gewährleisten?

4. Ist es allenfalls möglich, durch partielle Schliessung des Autobahnstützpunktes in der Schwarzwaldallee, allenfalls ermöglicht durch eine Zusammenarbeit mit dem Autobahnstützpunkt Basel-Landschaft in Sissach, das fehlende Personal im Posten Gundeldingen auszugleichen?
5. Hat die Regierung das Konzept 4+ bereits beschrieben, oder besteht Hoffnung, dass mittelfristig dieses Konzept mit einem Ausbau der Wache Basel-Süd einmal realisiert werden kann?

Oswald Inglin

c) Interpellation Nr. 95 betreffend Stelle eines persönlichen Mitarbeiters des Vorstehers des Justizdepartementes

05.8486.01

Der Basler Zeitung vom 15. Dezember war zu entnehmen, dass der Biologe Markus Ritter ab Januar 2006 eine 60%-Stelle als persönlicher Mitarbeiter von Regierungsrat Dr. med. Guy Morin, Vorsteher des Justizdepartementes, antreten wird. Angesichts der Bedeutung dieser einflussreichen Stelle drängt sich die Frage auf, ob bei der Besetzung der Stelle die Zugehörigkeit zum Bekanntenkreis oder die fachliche Qualifikation für das Justizdepartement im Vordergrund standen.

Ich bitte die Regierung um die Beantwortung folgender Fragen:

- Wie sieht das Pflichtenheft (samt Definition der beruflichen Voraussetzungen und Kompetenzen) für die Stelle des "Adjunktes" aus?
- Ist im Justizdepartement diese Stelle neu, zugeschnitten auf den künftigen Stelleninhaber, geschaffen worden?
- Ist die Stelle ausgeschrieben worden?
- Ist vorgängig verwaltungsintern abgeklärt worden, ob Angestellte des Kantons, die z.B. von einem eventuellen Stellenabbau betroffen sind, sich für diese Stelle interessieren und geeignet wären?
- Ist die Stelle im vom Regierungsrat genehmigten Stellenplan enthalten und vorgängig genehmigt worden?
- Sind im Justizdepartement Stellen aufgehoben worden zu Gunsten der Stelle des persönlichen Mitarbeiters/Adjunkts?
- Wenn ja, welche?
- In welche Lohnklasse ist die Stelle eingereiht worden?

Christine Wirz-von Planta

d) Interpellation Nr. 96 betreffend Neunutzung Hafen St. Johann

06.5001.01

Im Zusammenhang mit dem Geschäft 05.1445.02 (Realisierung Projekt Neunutzung Hafen St. Johann – Campus Plus und der Umplatzierung des betreffenden Hafenteils auf das Hafenable im Klybeck) bitte ich den Regierungsrat zu prüfen, ob das von der Novartis als reiner Parkplatz genutzte Areal - gemeint ist der Platz zwischen dem Wiesenplatz und der ehemaligen Aktienmühle - in das Projekt Umplatzierung der Hafenteile mit einfließen zu lassen. Ziel wäre es, die Novartis in den Verhandlungen dazu zu bewegen, dass sie das betreffende Areal frei gibt um dieses zu begrünen und an den Wiesenplatz anzuschliessen. Damit könnte der Wiesenplatz relativ einfach aber massiv aufgewertet werden.

Hans Baumgartner

e) Interpellation Nr. 97 betreffend Felix Platter-Spital

06.5002.01

Wie aus der Hauszeitung des Felix Platter-Spitals 4/2005 unter anderem zu entnehmen ist steht der Zertifizierung des Spitals durch die Stiftung „sanaCert“ nichts mehr im Weg. Das ist sicher ein sehr gutes Resultat zu dem man den Betroffenen gratulieren kann.

Im gleichen Heft und wohl im Zusammenhang mit der Umstrukturierung und der Zertifizierung steht aber auch ein Bericht mit dem Titel „Strukturwandel wirkt sich auf die berufliche Situation der Pflegefachleute mit dem Fähigkeitsausweis des Schweizerischen Roten Kreuzes (Fa SRK) aus“. Hierzu habe ich meine Fragen.

1. Wenn die Aussage im Bericht stimmt, dass das Bettenangebot in Pflegeheimen vergrössert wurde, warum wurde nicht schon dann ein entsprechender Personaltransfer vorgenommen?

2. Wie weit unterscheiden sich die Personalschlüssel in den Pflegeheimen und dem Felix Platter-Spital (FPS), dass es bei Erhöhung der Bettenzahl zu einem Abbau von qualifizierten Arbeitsplätzen im Bereich der Langzeitpflege kommt?
3. Wann wurde mit der Umstrukturierung, besonders auf der planerischen Ebene begonnen und ab wann wurde es klar, dass die Pflegefachleute Fa SRK keinen Platz mehr in der neuen Organisation haben?
4. Bei der ersten Ausbildungsreform von den ehemaligen Pflegeberufen zu den Diplommiveaus I+II (DN I+II) Ausbildungen wurden von einigen Schulen in der Schweiz Übergangsprogramme angeboten die das Erreichen eines DN I oder DN II Abschlusses ermöglichten. Wie viele von den nun von einer Kündigung Betroffenen wollten damals ein solches Programm besuchen und konnte dies nicht, weil es nicht bewilligt wurde? Wie vielen wurde eine solche Weiterbildung angeboten, aber die Betroffenen wollten nicht?
5. Wäre es finanz- und sozialpolitisch nicht sinnvoller, dass den erfahren Pflegefachpersonen eine interne Weiterbildung angeboten würde, die es ihnen dann ermöglicht den neuen Anforderungen zu entsprechen?
6. Wie sind die Aussichten der noch verbleibenden Pflegefachleute Fa SRK im Bezug auf die bisherigen Mitarbeiter-Lösungen wo von 17 Mitarbeiterinnen fünf eine neue Anstellung gefunden haben, 3 frühzeitig pensioniert wurden aber 9 eine Kündigung auf Ende Januar 2006 erhalten haben?
7. Was gedenkt die Regierung ganz allgemein zu tun, bei ähnlichen, zukünftigen Situationen, wo durch Umstrukturierungen ehemalige Mitarbeitende ohne entsprechende, längerfristig geplante Weiterbildungsmöglichkeiten keine Arbeit mehr haben?

Dieter Stohrer

Kleine Anfrage

a) Kleine Anfrage betreffend Fahrgastfreundliche Massnahmen auf der Buslinie 50

06.5003.01

Auf dem Flughafen wurde das Flughafengebäude neu und grosszügig gestaltet. Die Führung der zunehmenden Flugpassagiere zur Bushaltestelle auf dem Vorplatz ist suboptimal. Man/frau muss den Ausgang und die Haltestelle direkt suchen. Bei der Haltestelle sind Verbundautomaten für beide Währungen vorhanden, Passagiere die mit der Bahn über die Region hinaus reisen haben keine Möglichkeit ein Bahnbillet zu lösen. An der Haltestelle ist wohl ein Regenschutz durch die darüberliegende Fahrbahn gegeben aber kein Windschutz und keine Sitzmöglichkeit vorhanden. Im weiteren fehlen Fahrplaninformationen.

Beim Beladen des Gepäckanhängers öffnet der Buschauffeur wohl die Türen, doch die Passagiere müssen ihre schweren Koffer selbst umständlich in den Anhänger hieven, ja sogar in den Anhänger hineinsteigen um die Koffer richtig platzieren oder entladen zu können.

Ein weiterer Punkt ist die fehlende Bedienung der Haltestelle Schützenhaus, halten doch dort drei wichtige BVB-Linien. Der Bus 50 könnte problemlos diese Haltestelle bedienen.

Ich bitte deshalb den Regierungsrat zu prüfen und zu berichten,

- ob auf dem Flughafen der Abfahrtsbereich der Buslinie 50 kundenfreundlicher (Windschutz, Sitzmöglichkeit, Fahrpläne) gestaltet werden kann.
- ob auf dem Flughafen ein SBB-Billetautomat installiert werden kann, an dem die Flugpassagiere Billette für den überregionalen Verkehr lösen können?
- ob der Bus auch die Haltestelle Schützenhaus bedienen kann, damit das direkte Umsteigen von und auf die Linien 33, 34 und 8 möglich wird?
- ob für den Gepäcktransport Gepäckanhänger eingesetzt werden können, die von den Kunden problemlos be- und entladen werden können?

Jörg Vitelli